

zeitung gegen den krieg

Nr. 23 April/Mai 2006

Roger Willemsen: Fundamentalismus	Seite 3	Ulrich Sander: Bundeswehr im Innern	Seite 7
Bahman Shafiq: Iran von Innen	Seite 5	Joachim Guilliard: Iraks Menschenrechte	Seite 11
Thomas I. Steinberg: Zum Kongo	Seite 6	Uri Avnery: Nach der Israel-Wahl	Seite 12

**Guantánamo –
diese kriminelle
Ungeheuerlichkeit!**
Harold Pinter, Literatur-Nobelpreisträger

Nein zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr Der Kongo als Exempel



Jetzt also ein Auslandseinsatz der Bundeswehr im Kongo. Dirigiert von einem „Führungshauptquartier“ in Potsdam, so Verteidigungsminister Franz Josef Jung. Das Kabinett hat das Projekt abgenickt. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD und auch Bündnis 90/Die Grünen unterstützen das Vorhaben. Die FDP will Änderungen im Kleingedruckten. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel steht beim französischen Präsidenten Jacques Chirac längst im Wort. Ach ja: Eine Entscheidung des Bundestags steht noch aus. Sie wird für Anfang Mai 2006 „erwartet“. Das Parlament als Abnickinstanz. Nur die Fraktion Die Linke lehnt den neuerlichen Bundeswehr-Auslandseinsatz ab.

„Mourir pour Kinshasa“ – Sterben für den Kongo? Oder doch sterben für spezifische deutsche Interessen?

Jede Gleichsetzung des geplanten Kongo-Einsatzes der Bundeswehr mit Militäreinsätzen in der Kolonialzeit stößt auf nachvollziehbare Proteste. Eine gründliche Untersuchung fördert jedoch erstaunliche Parallelen zu Tage.

Als erstes springen die verlogenen Begründungen für die jeweiligen Militäreinsätze ins Auge. Heute heißt es, es gelte „Wahlen im Juni (2006) abzusichern“. Überhaupt müsse das Land „stabilisiert“ werden. Tatsächlich wurden die am 18. Juni 2006 geplanten Wahlen abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben. 1884, als der Kongo in den Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II. überging, hieß es, „der Sklavenhandel“ müsse „bekämpft“ und „das riesige Gebiet Kongobecken stabilisiert“ werden. Tatsächlich gab es im Kongo seit dem 13. Jahrhundert und bis zum Einfall der Kolonialmächte relativ stabile Königreiche, so unter den Königen Nimi a Likeni und Alfonso I. Der Verfall dieser Strukturen und

das massenhafte Morden waren direkte Resultate der Eingriffe durch die Kolonialmächte Portugal, Frankreich und Belgien.

Sodann heißt es, die Bundesrepublik Deutschland habe zumindest im Kongo keine koloniale Vergangenheit. Tatsächlich berief Reichskanzler Otto von Bismarck 1884 die „Berliner Kongo-Konferenz“ ein. Auf ihr wurde durch die Vertreter von 15 Kolonialmächten die „Privat-Kolonie“ des belgischen Königs Leopold II. als „Kongo-Freistaat“ anerkannt. In der Folge wurde die Bevölkerung abgeschlachtet, verklavt und dezimiert (siehe den Artikel von Thomas I. Steinberg auf Seite 6).

Afrika scheint für oberflächliche Beobachter überhaupt fern deutscher militärischer Interessen zu sein. Dabei gab es 1911, während der deutschen Hochrüstung im Vorfeld des Ersten Weltkriegs, den „Panthersprung nach Agadir“: Ein Kriegsschiff der deutschen Marine mit dem Namen „Panther“ ankerte während der sogenannten zweiten Marokko-Krise vor Agadir, um die neuen Großmachtsprüche Deutschlands zu dokumentieren. 1960 gingen erneut deutsche Soldaten bei Agadir vor Anker. Die westdeutsche Remilitarisierung sollte in ein ziviles Licht getaucht werden: Die junge Bundeswehr leistete nach einem Erdbeben Hilfe. 1993, nach Verkündung der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, galt der erste große Bundeswehr-Auslandseinsatz ein weiteres Mal Afrika. 1700 Mann wurden nach Somalia entsandt – zur „Unterstützung indischer Einheiten“. Die Indier kamen nicht. Es kam jedoch Verteidigungsminister Volker Rühle, der Zukunftsweisendes sagte: „Die Übernahme neuer deutscher Aufgaben in der Außenpolitik geschieht nicht über

Nacht. Die in 40 Jahren gewachsenen Instinkte der Menschen lassen sich nicht wegkommandieren. Daher müssen wir Schritt für Schritt vorgehen.“

Will man sich heute auch Schritt für Schritt dem eigentlichen Ziel neokolonialer Politik nähern – der „Sicherung der strategischen Rohstoffe“? Dies jedenfalls war das entscheidende Ziel in der Kolonialzeit. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion CDU/CSU im Bundestag, Andreas Schockenhoff, warb in der Union schriftlich wie folgt für eine Unterstützung des Kongo-Mandats: Im Kongo „gibt es strategische Rohstoffe wie Wolfram und Mangan“. In der „Financial Times Deutschland“ konnte man lesen: „Der schwarze Kontinent ist unser Hinterhof. Dort sind auch die Ressourcen zu finden, die wir in Zukunft für unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung brauchen.“ (9.3.2006). Und immer wieder werden die Auslandseinsätze der Bundeswehr vor allem auch damit begründet, daß „möglichen Flüchtlingsbewegungen vorgebeugt“ wird (Schockenhoff).

Im übrigen sieht die Bundeswehr-Führung selbst ihre Auslandseinsätze in der kolonialen Tradition. Unmißverständlich heißt es in den „Informationen für die Truppe“ (11/93), die „Souveränität“ anderer Länder und das „Nicht-Einmischungsprinzip“ müßten „in Frage gestellt“ werden. 1995 erklärte der damalige Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann, der „deutsche Soldat“ müsse heute „auch fern der Heimat“ versuchen, „Krisen von seinem Land fernzuhalten, das während seines Einsatzes weiter in Frieden lebt.“ Deutsche Militärs hätten „ähnliches in diesem (20.) Jahrhundert nur zwei Mal vor 1945“ bewerkstelligt. Auf Nachfrage teilte Naumann mit, er habe Aktionen der deutschen Armee in den Jahren 1900 und 1904 gemeint.

1900 hatte Kaiser Wilhelm 20.000 Soldaten nach China entsandt, um den sogenannten Boxer-Aufstand gegen die europäische Kolonialherrschaft niederzuschlagen. In des Kaisers Appell vom 27. Juli 1900 hieß es: „Wie vor tausend Jahren die Hunnen ... sich einen Namen machten, der sie noch jetzt in Überlieferung gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch Euch in einer Weise bestätigt werden, daß kein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“ Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen.

1904 erhob sich in der deutschen Kolonie Südwestafrika die Völkerschaft der Hereros gegen ihre Unterdrücker. Die Regierung in Berlin entsandte 14.000 Soldaten. Die Hereros wurden besiegt. Voller Verzweiflung wagten sie einen Marsch durch die wasserlose Wüste von Omaheke. Das deutsche Militär sperrte das Sandfeld ab und gab Tausende Männer, Frauen und Kinder dem Tod durch Verdursten preis. Der preußische Generalstab hielt fest: „Die Hereros haben aufgehört, ein selbständiger Volksstamm zu sein.“ Deutsche Kolonialpolitik ist mit dem ersten deutschen Völkermord verbunden. Für die kolonialen Verbrechen in Afrika und Asien zahlte Deutschland nie eine Wiedergutmachung.

Der Bundwehreinsatz im Kongo stellt eine weitere Etappe zur Militarisierung der deutschen und der europäischen Außenpolitik dar. Er wurde bereits im Dezember 2005 im Wortsinn generalstabsmäßig vorbereitet – im Manöver „Millex 2005“ (siehe Kasten S.6). Die Verantwortlichen in der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium verstehen die Praxis der Auslandseinsätze als Teil einer neuen imperialistischen und neokolonialen Politik. Wir müssen sie ernst nehmen.

Frau Angela Merkel! Sie haben in der Generaldebatte im Bundestag am 29. März gesagt, „Deutschland“ werde im Iran-Konflikt zu einem „klaren Signal beitragen, was in der internationalen Politik geht und was nicht geht.“ Sie haben damit einen ähnlich scharfmacherischen Ton angeschlagen wie auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar. Weiter sagten Sie: „Wenn an diesem Donnerstag (30.3.) ein Außenministertreffen von sechs Staaten in Berlin stattfindet, dann beweist Deutschland damit, daß es seine Chance in diesem Prozess nutzen will.“ Verstehen wir Sie richtig: „Deutschland“ wird durch das Berliner Treffen der Außenminister der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und Chinas – gewissermaßen „auf Augenhöhe“ mit „unserem Außenminister Walter Steinmeier – international aufgewertet, rückt nahe an einen Sitz im UN-Sicherheitsrat heran. Und da Sie diese „Chance nutzen“, machen Sie mit bei der Kriegstreiberei?

Herr Franz Josef Jung! Sie haben am 23. März die neue Transportbasis der Nato auf dem Flugplatz Leipzig/Halle in Dienst gestellt. Dort stehen ab sofort militärische Großraumtransporter vom Typ Antonow An-124-100 bereit, „Truppen und Großgerät“ Tausende Kilometer weit zu transportieren. Sie haben dabei sichtlich stolz darauf verwiesen, daß die Antonow-Maschinen „möglicherweise schon bei dem bevorstehenden Bundeswehreininsatz im Kongo“ zur Verfügung stehen. Dass der Bundestag den Einsatz noch gar nicht beschlossen hat, interessiert Sie offensichtlich ebenso wenig wie die Tatsache, daß im Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 ausdrücklich festgehalten wird, auf ehemaligem DDR-Gebiet dürften keine Nato-Truppen stationiert werden. Richtig: Die Antonows sind ja russische Maschinen und Putin macht inzwischen fast jede Schweinerei des Westens mit.

Monsieur Jacques Chirac! Sie kündigten an, daß Länder „mit terroristischem Regime“ mit einer „nuklearen Antwort“ Frankreichs rechnen müßten. Sie drohen damit, Hunderttausende Zivilisten in den Tod zu schicken, wenn „vitale Interessen Frankreich“ bedroht sein würden. Sie betreiben damit eine Eskalation im Iran-Konflikt und übertreffen kurzzeitig noch den US-Präsidenten. Der angebliche Antikriegskurs der ehemaligen deutschen rot-grünen Regierung wurde spätestens dann entlarvt, als das Treiben der BND-Schlapphüte in Bagdad in den Tagen vor dem Irak-Krieg 2003 bekannt wurde. Sie desavouieren spätestens nun mit ihrer Atomkriegsdrohung Ihre angeblich kritische Haltung gegenüber dem US-Kriegskurs. Im übrigen verschlingt die anachronistische französische atomare Bewaffnung „force de frappe“ gut 20 % der gesamten französischen Verteidigungskosten. Damit ließen sich mehr als 250.000 Arbeitsplätze für die jungen Leute schaffen, die zu Recht auf die Straße gehen und Jobs ohne verschärften Kündigungstress fordern.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,
die 23. Ausgabe unserer Zeitung muß man möglicherweise als eine „Zwischenkriegs-Zeitung“ bezeichnen. Der Irak-Krieg liegt drei Jahre zurück. Ein neuer Krieg gegen den Iran wird konkret vorbereitet. Entsprechend bilanzieren wir auf zwei Seiten den Irak-Krieg (siehe die Seiten 10 und 11) und beleuchten auf weiteren drei Seiten das Szenario und die Hintergründe für einen neuen Krieg um Öl, nunmehr gegen den Iran (siehe die Seiten 2 und 4/5). Zur Situation in Afghanistan siehe das Interview mit Roger Willemsen auf der folgenden Seite. Wir stehen auch vor einem Großeinsatz der Bundeswehr im Inneren während der Fußball-WM. Gleichzeitig plant die CDU/CSU die Schaffung einer Bürgerkriegsarmee mit 250.000 Mann und Frau. (siehe S. 7).

Am 27. Dezember 2005 starb unser Freund Hans-Jochen Vogel in Chemnitz. Er hat die Zeitung gegen den Krieg seit ihrer Gründung 1999 aktiv, auch mit eigenen Beiträgen, unterstützt. Als wir im Sommer 2004 unter schwierigen Bedingungen einen Neustart unternehmen mußten, war er als einer der neuen Herausgeber dabei. Bereits von schwerer Krankheit gezeichnet, schrieb Hans-Jochen im Sommer 2005 für ZgK 22 zwischen zwei Krankenhausaufenthalten einen Artikel, in dem er auf die Unterschiede der Kriege in Vietnam und im Irak einging. Redaktion und Herausgeber der ZgK haben anlässlich des Todes unseres Mitherausgebers in Anzeigen in der „jungen Welt“ und im „ND“ zugesagt, das friedenspolitische Engagement von Hans-Jochen Vogel, das er seit seiner DDR-Zeit als Studentenpfarrer praktizierte, fortzusetzen.

Neue Mitherausgeberinnen der ZgK sind Heike Hänsel, seit September 2005 Mitglied des Bundestags für die Fraktion Die Linke, und Bärbel Schindler-Saefkow, die den Deutschen Friedensrat e.V. vertritt. Mit dieser Ausgabe findet sich im Kreis der „unterstützenden Personen, Parteien und Organisationen“ erstmals auch der Deutsche Friedensrat e.V. und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) als Bundesverband. Wir freuen uns, wenn der Kreis derjenigen, die die ZgK unterstützen und mittragen, die Antikriegsbewegung zunehmend widerspiegelt.
Friedliche Grüße: **die ZgK-Redaktion**

Ein Krieg gegen den Iran rückt näher. Gegen diese These werden eine Reihe Argumente angeführt.

Argument Nr. 1:

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat keine Sanktionen angeordnet. Alles ist halb so schlimm.

Antwort: Das ist falsch. Die Erklärung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 30. März 2006 bringt eine deutliche Zuspitzung mit sich. In ihr wird verlangt, daß der Iran die Urananreicherung suspendiert. Dafür wird eine Frist bis Ende April gesetzt. Auch wenn es keine Drohung mit Sanktionen gibt, so wurde damit ein gefährlicher Countdown in Gang gesetzt. Allen Beteiligten ist klar, daß die Regierung in Teheran zur Erfüllung dieser Forderung nicht bereit sein wird. Wie im Vorfeld des Irak-Kriegs heißt es heute: Das Ultimatum gegen Teheran wird von allen Veto-Mächten im Sicherheitsrat, Rußland und China eingeschlossen, gemeinsam getragen. Damit kann im April im Sicherheitsrat eine nächste Stufe der Eskalation gestartet werden. Es kann aber auch zu einer einseitigen militärischen Aggression kommen. Im Fall eines solchen Angriffs auf den Iran ohne neues Votum des Sicherheitsrats kann bereits die vorliegende Erklärung des UN-Gremiums als Rechtfertigung für den Krieg genutzt werden.

Argument Nr. 2:

Offensichtlich befindet man sich nur in einem Prozeß der harten politischen Auseinandersetzung.

Antwort: In Wirklichkeit erleben wir konkrete Maßnahmen der Kriegsvorbereitung. Im März 2006 beschloß das US-Außenministerium den Aufbau eines speziellen „Büros für iranische Angelegenheiten“ („Office of Iran Affairs“). Dieses Büro mit Zentrale in Washington soll „Regionalbüros“ haben in Dubai, London, Istanbul, Baku und Frankfurt/M. Gleichzeitig wird im US-Budget der Etatposten „Beeinflussung demokratischer Veränderungen im Iran“ massiv aufgestockt. Zentraler Bestandteil dieses Projekts ist der Aufbau eines Propagandasenders in Farsi, der iranischen Landessprache. Das Projekt untersteht Elisabeth Cheney. Ihr Vater, US-Vizepräsident Dick Cheney, hat sich bereits in den Kriegen gegen Afghanistan (2001) und Irak (2003) als Kriegstreiber hervorgetan.

Der Krieg der Worte erfolgt vor dem Hintergrund der Vorbereitung eines Kriegs der Waffen. Das US-amerikanische Militär entwickelt seit mehr als ei-

Argumente gegen den IRAN-KRIEG



arbeiterfotografie.com

„konkreten Plänen zu Militärschlägen gegen den Iran“. Danach „identifiziert das Pentagon derzeit Ziele für Luftschläge und arbeitet an der Logistik für den Angriff“.

Argument Nr. 3:

Es sind erneut die USA, die auf einen Krieg orientieren. Die EU und insbesondere die Regierung in Berlin suchen jedoch den Weg der Diplomatie.

Antwort: Tatsächlich sind die EU und die Bundesregierung spätestens seit Anfang 2006 integraler Bestandteil einer Eskalationsstrategie, die auf Krieg abzielt. Alle wichtigen Entscheidungen in der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) und im UN-Sicherheitsrat wurden von den EU-Vertretern und dem der USA gemeinsam getroffen. Der französische Präsident Jacques

den Iran. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat im Februar 2006 auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärt: „Der Iran hat mutwillig die rote Linie überschritten.“ Sie verglich dann die angebliche Bedrohung durch Teheran mit dem Erstarken der NSDAP in Deutschland in den 30er Jahren. Auch damals sei „dem aufkommenden Hitler-Regime vielfach mit Beschwichtigung begegnet“ worden. Die Kanzlerin dann wörtlich: „Heute sehen wir, daß wir damals hätten anders reagieren können. Wir müssen den Anfängen wehren.“ Das ist exakt die gefährliche Kriegstreiberei, wie wir sie im Vorfeld des Kriegs gegen Jugoslawien und des Kriegs gegen den Irak erlebten: Es werden völlig unzulässige Vergleiche mit der Nazi-Zeit gezogen. Dann wird eine Losung der antifaschistischen Bewegung pervertiert, um einen Angriffskrieg zu legitimieren. Außenminister Fischer sagte 1999, wer „Nie wieder Auschwitz“ sage, müsse „wegen Auschwitz“ den Krieg befürworten. Angela Merkel stellt den frühen Hitler-Faschismus und die Ahmadinedschad-Regierung auf eine Ebene, zitiert die antifaschistische Losung „Wehret den Anfängen“, um derart pervertiert die Notwendigkeit eines Angriffskriegs gegen den Iran nahe zu legen.

Argument Nr. 4:

Schließlich geht es um das Atomprogramm der iranischen Regierung. Und das stellt tatsächlich eine Bedrohung dar – nicht zuletzt für Israel.

Antwort: Einiges spricht dafür, daß die iranische Regierung letzten Endes auf die Atombombe abzielt. Tatsächlich ist jede Atombombe zu verurteilen, weil es sich dabei um Massenvernichtungswaffen handelt, die sich per se gegen die Zivilbevölkerung richten – aufgrund der Natur der atomaren Explosion und aufgrund der darauf folgenden radioaktiven Verseuchung. Dennoch ist der Verweis auf die mögliche iranische Atombombe verlogen. Der Iran wird möglicherweise Atomkraft werden – die USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Pakistan und Israel sind jedoch reale Atommächte. Offiziell bekennen sich die Atommächte zur Notwendigkeit atomarer Abrüstung. Real rüsten sie seit Jahrzehnten auf – und bereiten sich konkret auf den Einsatz „ihrer“ Atomwaffen vor. Während der Westen dem Iran eine atomare Technik, die möglicherweise zur Atombombe führt, verbietet, rüstete er Israel,

Pakistan und Indien atomar auf. Im März 2006 sagte George W. Bush auf einem Staatsbesuch in Indien konkrete US-Hilfe für das weitere indische Atomprogramm zu. Dabei weigert sich Indien, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Ganz offensichtlich geht es nicht primär um das iranische Atomprogramm. Letzten Endes geht es um Öl und um die Kontrolle der Öltransportwege. Und darum, daß ein wichtiges ölexportierendes Land zugleich Atommacht werden könnte (siehe die Seiten 4 und 5).

Argument Nr. 5:

Die USA können sich derzeit keinen neuen Krieg leisten.

Antwort: Das stimmt. Doch das könnte die Lage besonders gefährlich machen. Einen neuen umfassenden Bodenkrieg kann sich das US-Militär kaum leisten. Daher spricht viel für einen massiven Luftkrieg gegen den Iran. Das kann bereits viele tausend Menschenleben kosten und die gesamte Region außer Kontrolle geraten lassen. Nun sagen heute bereits die Militärs, mit konventionellen Luftangriffen wird man nur einen Teil des Atomprogramms des Irans „ausschalten“ können. Damit wird der Einsatz von Atomwaffen nahegelegt. Die „Mininukes“ – sogenannte kleinere Atombomben – wurden explizit auch dafür entwickelt, unterirdische Anlagen zu zerstören. Bereits im Vorfeld des Irak-Kriegs 2003 drohte die US-Regierung damit, im „äußersten Fall“ Mininukes einzusetzen. Die Geschichte der Waffentechnik besagt: Es wurde noch nie eine Waffe entwickelt, die nicht irgendwann zur Anwendung kam.

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel (Tübingen), Uwe Hixsch (Berlin), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Rostock), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin), Laura von Wimmersperg (Berlin) und Winfried Wolf (Wilhelmshorst).

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Wilhelmshorst.

Redaktion: Andrea Marczinski, Wolfgang Pomrehn und Winfried Wolf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen: Antikriegsforum Ludwigshafen; bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg; Friedensbündnis Karlsruhe; Galerie Olga Benario, Berlin; Willi Hoffmeister, Sprecher des Ostermarsches Ruhr; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Deutscher Friedensrat e.V.; Friedensbündnis Karlsruhe; Jochen Traut für den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (in und bei der Linkspartei); Sozialistische Linke, Karlsruhe; Peter Strutyński als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Initiative Vereinigte Linke; Nordbremer Bürger gegen den Krieg; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA); Peter Gingold und Werner Pfennig als Bundessprecher der VVN/BdA; PapyRossa Verlag Köln; Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg; Sozialistische Zeitung, Köln; Linkspartei.PDS (Parteivorstand).

Titelgrafik/Gestaltung und Layout: Joachim Römer

Redaktions- und Vertriebsadressen:
Postanschrift: BFS e.V., An den Bergen 112, 14557 Wilhelmshorst
e-mail: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Fax: 033205-44685

Bezugpreise und Konto: Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Abnahmepreisen:

- von 1 bis 50 Ex. zu 25 Cent je Ex.
- von 51-499 Ex. zu 20 Cent je Ex.
- ab 500 Ex. zu 13,5 Cent je Ex.

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Abos: Die ZgK wird in der Regel in größeren Kontingenten bestellt, teilweise auch in Form fester Bestellungen. Preise siehe oben. Die ZgK kann auch wie folgt in Einzellexemplaren abonniert werden. Als Abo gelten hier jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge:

- bei Bezug von jeweils einem Ex. = 8 Euro
- bei Bezug von jeweils drei Ex. = 9 Euro
- bei Bezug von jeweils fünf Ex. = 10 Euro

Spenden & Konto: Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich in erheblichem Maß über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig.

Konto: BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse · BLZ 160 500 00
KtoNr.: 352 700 1866.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Winfried Wolf
ISSN 1611-2881

„Dem Rad in die Speichen fallen“

Versuch eines Nachrufes auf Hans-Jochen Vogel

Ich habe dies als Gelegenheit gesehen, nicht durch Schweigen mitschuldig zu werden“, gab Hans-Jochen Vogel am 28. März 2000 zu Protokoll des Amtsgerichtes Tiergarten im Strafverfahren gegen seine Person wegen der Mitunterzeichnung eines in der „jW“ und der „taz“ veröffentlichten Aufrufs an alle Soldaten der Bundeswehr, unter Berufung auf Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes jede weitere Beteiligung am Jugoslawien-Krieg zu verweigern und zu desertieren. Und weiter vor Gericht: „Mir ging und geht es getreu den Grundsätzen des ökumenischen Prozesses der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung um die konkrete Verhinderung von Zerstörung menschlichen Lebens und seiner Grundlagen.“

Dieses Credo, als Christ und Sozialist nicht nur für sein individuelles Heil verantwortlich zu sein, sondern für das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen, für eine gerechtere und friedliche Welt im Großen wie im Kleinen, trieb ihn zeitlebens um. „Freiraum schaffen“ nannte er 1999 eine Ausstellung seiner zu DDR-Zeiten entstandenen Plakate und Zeichnungen. Für mehr Freiräume menschlicher Verwirklichung in einem tatsächlich sozialistischen Land engagierte er sich in der DDR-Opposition, als evangelischer Studentenpfarrer überwie-

gend in der Stadt, die damals noch den Namen von Karl Marx trug. Mit dem Ruf eines „linken“ Theologen wurde er zur maßgeblichen „Figur“ der Wendeer-



eignisse im damaligen Karl-Marx-Stadt. 1999 dann erklärte er in einem Interview in der „jW“ fast etwas bitter: „Freiraum hat heute jedoch eine andere Bedeutung - Freiraum des Konsums, der Ausbeutung, Freiraum fürs Bomben, für neue Sklaverei“.

Hans-Jochen Vogel war bis zu dem Tag, da ihn seine schwere Krankheit daran hinderte, stets unterwegs, um aufzuklären, aufzurütteln, zu helfen, sich nicht abzufinden. Ob im Ostermarschkomitee,

bei attac, im Sozialforum Chemnitz, im Komitee für Grundrechte und Demokratie, in der maßgeblich von ihm initiierten Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche, im Umweltzentrum Chemnitz, bei antifaschistischen Aktionen, immer war er da, der „HJV“, wie er von seinen Freunden ebenso respekt- wie liebevoll genannt wurde. Er war Initiator, Motor, Berater, schon ein wenig der „Übervater“ - auch, wenn er sich diese Rolle nie zuschreiben lassen wollte. Als er 2004 - schon Pfarrer im Ruhestand - Ehrenpreisträger des 1. Chemnitzer Friedenspreises wurde, war seine Auswahl in Gänze unumstritten.

Über Jahrzehnte haben sich Menschen, die in Bedrängnis waren, an seiner Person aufgerichtet. Das Leben und Wirken Hans-Jochen Vogels auch nur annähernd angemessen in einem „Nachruf“ zu würdigen, scheint unmöglich. Und vermutlich hätte er auch etwas anderes gewollt - eher einen Aufruf, weiter das zu versuchen, was der Theologe Dietrich Bonhoeffer „dem Rad in die Speichen fallen“ nannte. Sich für mehr Frieden, Friedfertigkeit und Gerechtigkeit einzumischen. Hier und heute. Tagtäglich. Hans-Jochen Vogel fehlt uns sehr.

Klaus Bartl

veröffentlicht in der „jW“ am 6.1.2006

Interview mit Roger Willemsen



Vom Fundamentalismus des Westens

Gefragt, was das Lebensgefühl der Menschen im heutigen Afghanistan sei, antworteten Sie: „Angst. Da kommt einem auf einem verschneiten Feldweg ein kleines Kind entgegen, das keine Hose anhat. In seinen Augen sehen Sie vollkommene Verwilderung, und es ist regelrecht gefährlich, sich dem Kind zu nähern, weil es einen Stein in der Hand hat, den es als Waffe nutzen wird.“ **Wollen Sie damit sagen, daß Gewalt neue Gewalt erzeugt, daß Verwilderung in Terror münden kann?**

Es gibt eine Pyramide der Gewalt, die von den traumatisierten Männern auf die Ehefrauen und auf die Kinder übergeht. Kinder müssen hier in doppelter Hinsicht die Druckverhältnisse, die sie unter ihren Eltern erleben, ausbaden. Darüber hinaus liegt es nahe, daß man nicht aus 25 Jahren Krieg auftauchen kann, ohne eine eigene Kompetenz für das Kriegerische und für das Gewalt erworben zu haben. Ich habe in Afghanistan kaum eine Männerhand geschüttelt, die nicht gemordet hat.

Nun gab es in Afghanistan unter den Taliban eine Gewaltherrschaft mit willkürlichen Hinrichtungen und Steigungen. Aus Sicht des Westens wurde das Land „befreit“. Sie selbst sind in Ihrem Afghanistan-Buch allerdings sehr skeptisch bezüglich der neuen Freiheit und der Ergebnisse der jüngsten Wahlen.

Es ist ein sehr eurozentristischer oder westzentristischer Gedanke zu sagen, dieses Afghanistan verlangt nach nichts sehnlicher als nach Demokratie. Ich bin mir nicht sicher, inwieweit Demokratie die Verfassungsform ist, die dem Land Afghanistan heute entspricht – bei seiner Vielsprachigkeit, seiner noch fehlenden Öffentlichkeit, seiner tiefen Skepsis gegenüber allen Machtgruppierungen, seien es Taliban, Drogenbarone oder Söldnerheerführer aus der ehemaligen Nordallianz. Das ist das eine. Das andere ist: Der Jetzt-Zustand des Friedens hängt an einer Vielzahl von seidenen Fäden, die zum Teil durch den flächendeckenden Drogenabbau bestimmt wird. Das Land Afghanistan hat nie viel produziert. Es war immer ein Händlerstaat. Außer Trockenobst, Weinbeeren und Nüssen hat das Land nicht viel anzubieten. Auf dieser wirtschaftlichen Ebene ist kaum Hoffnung zu schöpfen. Ich weiß nicht, an welchen Stellen man im Moment sagen kann, das Land verbessert sich wirklich. Da gab es Attentate in der Nähe einer Zuckerrübenfabrik. Doch die hat die US-Army selbst inszeniert. Nun heißt es, die Lage sei nicht sicher. Dabei stellt sich heraus, daß die USA selbst die Zuckerproduktion für Afghanistan bereitstellen wollen. Die äußeren Mächte in Afghanistan sind nicht am Wohl Afghanistans interessiert.

Es gab in den letzten eineinhalb Jahren viele und berechtigte Proteste wegen der Folter-Praxis im US-Gefängnis von Abu Ghraib im Irak. Nun gibt es jedoch das US-Gefängnis in Gu-

antánamo Bay auf Kuba bereits seit vier Jahren. Das ist Thema Ihres jüngsten Buches. War für Sie vor fünf Jahren so etwas wie Guantánamo überhaupt vorstellbar?

Es war für mich nicht vorstellbar, daß ein demokratisches System sich einen exterritorialen Raum schafft, in dem die Demokratie nicht mehr gilt. Dieses Exterritoriale stellt für mich die gesamte Rechtsstaatlichkeit in Frage. Jedes Land, das unter einem Vorwand und außerhalb juristischer Statuten versucht, einen solchen Raum zu definieren, ist letztlich offen für jede totalitäre Form von Herrschaft. Dafür spricht auch die Tatsache, daß nun nach und nach publik wird, daß es Guantánamos an anderen Stellen gibt. Ich habe schauerliche Geschichten über die US-Lager in Bagram und Kandahar (in Afghanistan) gehört. Inzwischen hören wir von ähnlichen US-Lagern in Bulgarien und Rumänien.

Bundesinnenminister Schäuble steht dazu, daß deutsche Sicherheitsleute in Guantánamo, in einem afghanischen Gefängnis und in einem syrischen Folterknast waren, daß sie dort Verhöre durchführten und somit von Folter-Praktiken profitierten. Es handelt sich also nicht allein um ein Problem der US-Regierung.

Die Bereitschaft, über die Notwendigkeit von Folter zu diskutieren, ist ein besorgniserregendes Indiz dafür, daß man bereit ist, errungene Freiheitsrechte und Grundrechte in Frage zu stellen. Auch hierzulande wurde ja bereits über die Legitimität von Folter in einzelnen Fällen nachgedacht. Erstaunlich ist, daß niemand bei dieser Diskussion die These in Frage stellt, durch Folter würde Wahrheit ans Licht befördert. Jemand, der zusammenbricht unter der Last des Schmerzes, ist bereit, alles auszusagen.

Vermuten sie eine spezifische Triebkraft, die hinter den neuen Kriegen wie dem Irak-Krieg 1991, dem Afghanistankrieg 2001 und dem Irak-Krieg 2003 steht?

Mir scheinen zwei Triebkräfte naheliegend. Da ist zum einen die viel zitierte geopolitische Situation: Es geht um machterhaltende Maßnahmen an den Standorten, an denen die entscheidenden Energiereserven konzentriert sind. Zum anderen ist darauf zu verweisen, daß nach dem ersten Wahlsieg von George W. Bush im Jahr 2000 eine seiner ersten Amtshandlungen darin bestand, SDI wiederzubeleben, das alte Programm eines Weltraum-Abwehr-Schutzschildes. Dafür wurden unter Bush 70 Milliarden US-Dollar bewilligt. Dann kam 9/11 – Verkehrsflugzeuge rasten in das World Trade Center. Damit erwies sich SDI sehr augenfällig als sinnlos. Ich fragte mich immer: Was ist eigentlich aus diesem Budget geworden? Mein Eindruck ist, daß der Irak-Krieg zum Teil aus diesem Budget finanziert wurde. Damit wäre der Krieg auch ein Dankeschön gegenüber den Konzernen, die die Bush-Wahlkampagne kofinanziert haben.

Sie schreiben in Ihrem Afghanistan-Buch zum Thema Fundamentalismus: „Was haben wir im Westen dagegenzusetzen? Die Marktwerdung von allem, die Geringschätzung von allem Immateriellen, das eine Kultur im Kern ausmacht. Der Ausverkauf der Tugenden, die der afghanischen Zivilisation auch außerhalb des Koran kostbar ist, ist fundamentalistisch auf eigene Weise und provoziert eine fundamentalistische Antwort.“ Verkürzt gesagt vergleichen Sie den Fundamentalismus von Al Kaida mit einer Art westlichem Markt-Fundamentalismus.

Vor einiger Zeit flog ich nach Frankfurt/M.. Da starb eine Frau während des Fluges. Die Stewardess, die bereits ein paar Mal mit mir geflogen war, sprach mich an: „Die Frau ist tot, wir müssen einen Arzt besorgen. Wir werden sofort Frankfurt anfliegen und die schnellst mögliche Landegenehmigung erhalten.“ Darauf wandte sich der Mann neben mir zu seinem Nachbarn: „Ein Glück. Dann brauchen wir keine Warteschleife zu fliegen.“ Die Quantifizierung, die unsere Lebensweise prägt, diese stereotype Orientierung an der Profitmaximierung, stellt eine eigene Form von Grausamkeit, von Menschenopferum dar. Mit dieser Art Denken werden flächendeckend ganze Nationen oder auch spezifische Lebensräume zum Tod verurteilt.

Sie machen derzeit Reisen mit Lesungen zu Ihren Büchern, oft in der sogenannten Provinz und vor Leuten, die einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Haben Sie das Gefühl, daß ihre Botschaften dort wie solche von einem anderen Stern aufgenommen werden oder ist das vermittelbar?

Ich habe gedacht, das Afghanistan-Buch für 5000 Menschen zu machen. Das war eine Sache der Leidenschaft zwischen mir und dem Verleger. Das Buch hat eine Erstauflage von 25.000 Exemplaren. Es steht jetzt auf Platz 12 der „Spiegel“-Bestsellerliste. Obwohl ich viel auf Lesereise gewesen bin, hat es noch nie eine solche Reise gegeben, die derart begeistert vom Publikum begleitet wird wie diese. Ich rede vor vierhundert, manchmal auch vor siebenhundert Leuten über Afghanistan. Das ist für mich ein Indiz dafür, daß die Räume für diejenigen, die Unabhängigkeit in Anspruch nehmen, wieder größer werden. Konzernballungen, Konzernabsprachen und Direktiven aus den Chefredaktionen führten nicht nur zur Zerstörung der früheren linksliberalen Öffentlichkeit. Heute haben auch ganze Standpunkte keine Plattform mehr. Das führt umgekehrt auch dazu, daß das Publikum plötzlich in Scharen dahin geht, wo es glaubt, Unabhängigkeit zu begegnen.

Das Interview wurde am 31. März von Winfried Wolf für die ZgK geführt. Angaben zu den Büchern: Roger Willemsen, Afghanistanische Reise, Frankfurt/M. 2006, S. Fischer, 16,90 Euro Roger Willemsen, Hier spricht Guantánamo, Frankfurt/M. 2006, Verlag 2001, 12,90 Euro

Eine doppelzüngige Außenpolitik

von Ulla Jelpke

Mit ihrem scheinbaren „Nein“ zum Irak-Krieg hat die Regierung Schröder/Fischer die Bundestagswahl 2002 gewonnen. Tatsächlich unterstützten SPD und Grüne die verbrecherische Aggression der US-Amerikaner und der „Koalition der Willigen“, indem sie die Nutzung amerikanischer Militäreinrichtungen in der BRD für diesen Krieg zuließen und die Überflugrechte für die US-Luftwaffe nicht in Frage stellten. Gut drei Jahre später brach die Irak-Lüge von Rot/Grün endgültig zusammen, als das ARD-Magazin „Panorama“ im Januar 2006 enthüllte, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) während des Kriegs zwei Agenten in Bagdad eingesetzt und den US-Amerikanern militärische Informationen geliefert hat.

Trotz ursprünglicher Ablehnung durch die Grünen und nach langem Zögern der FDP wurde der von der Linkspartei konsequent geforderte Untersuchungsausschuß (UA) des Bundestags unumgänglich. Denn die jetzige große Koalition aus CDU/CSU und SPD versucht, die Beteiligung der BRD am Irak-Krieg zu verharmlosen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), als damaliger Geheimdienstkoordinator ebenso verantwortlich wie Gerhard Schröder und Joseph Fischer, stellte die Geheimdienstkooperation mit den USA als „humanitären Einsatz“ dar, mit dem man die Bombardierung ziviler Ziele habe verhindern wollen. Solche Geschichtsfälschung wird sich Steinmeier im UA nicht mehr leisten können, denn schon jetzt steht fest, daß der BND den amerikanischen Kriegstreibern sehr wohl relevante Infos geliefert hat.

Die Bundesregierung wird im UA mauern, um jede weitere Aufklärung zu verhindern. Dennoch wird sie um unangenehme Fragen nicht herumkommen, die sowohl die jetzige große Koalition als auch die Vorgängerregierung von SPD und Grünen betreffen: Warum unternimmt die BRD nichts gegen die illegalen CIA-Gefangenentransporte zu Geheimgefängnissen in Europa? Warum hat Außenminister Fischer gegenüber der Bush-Administration nicht lautstark gegen die Verschleppung des Deutsch-Libanesen el Masri durch die CIA protestiert? Waren deutsche Behörden bei der Entführung sogar behilflich, ebenso bei der Inhaftierung angeblicher Islamisten in Foltergefängnissen in Syrien und im Libanon? Warum lehnte die BRD zwar offiziell Guantánamo ab, nutzte die dortigen menschenrechtswidrigen Bedingungen aber zu Befragungen durch BND und Bundeskriminalamt?

Die BRD beteiligte sich heimlich an gravierenden Verstößen der USA gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte, ließ und läßt sie ungehindert zu oder nutzte diese Rechtsverstöße für eigene Interessen. Der BND-Untersuchungsausschuß ist also auch ein Instrument, um die Doppelzüngigkeit der Außenpolitik der BRD sichtbar zu machen.

Nazis raus!

von Konstantin Wecker

In der heutigen Zeit ist es mehr denn je wichtig, daß Künstler gegen Faschismus und Krieg Zeichen setzen. Das war die Absicht, als der Liedermacher Heinz Ratz mit seiner Band „Strom und Wasser“ und ich gemeinsam im Februar und März vier Konzerte im Osten Deutschlands gaben. Das Motto lautete: „Nazis raus aus dieser Stadt!“ Doch das Konzert, das wir am 8. März in einem Gymnasium in Halberstadt, Sachsen-Anhalt, geben wollten, wurde vom Landratsamt derselben Stadt untersagt, nachdem zuvor die NPD ihre „aktive Teilnahme“ angekündigt hatte.

Für mich war es das erste Mal in meinem Leben, daß ein Konzert von mir aus politischen Gründen nicht stattfinden konnte. Ich kann persönliche Feigheit verstehen – jeder Mensch hat allein aufgrund eines gewissen Überlebensdrives das Recht, feige zu sein und Helden haben schon genug Schaden angerichtet. Wogegen ich jedoch ankämpfe, ist die vorausseilende Feigheit. Es ist die Angst von Leuten und von Institutionen, die eigentlich keine Angst haben müssen. Und bei denen hinter dieser behaupteten Angst manche politische Motive vermuten.

Nun will ich dem Landrat von Halberstadt nicht eine klammheimliche Sympathie mit Nazis unterstellen. Klar ist allerdings, daß man im Rahmen von Protesten gegen Nazi-Aufmärsche deutlich spürt, wo die Sympathien von Polizei und Justiz liegen. Bei den politischen Linken liegen sie offensichtlich nicht.

Im übrigen gilt: Wie der Herr, so's Gscherr. Die fatale Haltung von Behörden, Nazis Raum zu geben, wird oben vorgegeben. Aufgrund der Vorkommnisse um das Konzert in Halberstadt kam es im Bundestag zu einer Debatte. Dabei nutzten der CDU-Abgeordnete Alois Karl und die CDU-Abgeordnete Kristina Köhler die Diskussion, um die so nötige Arbeit der Antifa-Gruppen zu diskreditieren und die engagierten jungen Menschen auf eine Stufe mit den Nazis zu stellen. Das macht wütend und traurig zugleich. Wütend, weil auf diese Weise die Aktivitäten der neonazistischen Banden verharmlost und zur Hatz auf Antifaschisten geblasen wird. Traurig, weil damit die Fehler wiederholt werden, die am Ende der Weimarer Republik begangen wurden, was den Sieg des Faschismus begünstigt hat. Aus der Geschichte lernen heißt, den – bereits fortgeschrittenen – Anfängen wehren. Ich jedenfalls sage und singe weiter: „Nazis raus aus dieser Stadt!“

Abpuff für die Bundeswehr

von Heiner Busch

Noch bevor am 9. Juni das Eröffnungsspiel angepöfifft wird, steht fest, daß die NFans monströser Sicherheitsplanungen als politische Gewinner aus der Fußballweltmeisterschaft hervorgehen. Rund hunderttausend Polizisten, zehntausend Angestellte privater Sicherheitsdienste und eine wie immer unbekannte Zahl von Geheimdienstlern werden während der tollen Tage des Fußballs den Ausnahmezustand proben. Mit von der Sicherheitspartie sind auch die Militärs – und das gleich in mehrfacher Weise. Im „Nationalen Lage und Führungszentrum Sicherheit im Luftraum“ und in den AWACS-Flugzeugen der NATO werden Soldaten darüber wachen, daß kein Flugzeug in die Flugverbotszonen des Fußballhimmels eindringt. Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht im Februar klargemacht, daß der Abschub voll besetzter Passagierflugzeuge nicht von der Verfassung gedeckt ist.

Ebenfalls klargelegt haben die Karlsruher Verfassungsrichter, daß Soldaten in Friedenszeiten keine bewaffneten Hilfspolizeidienste leisten dürfen, daß sie also nicht das Recht haben, an Flughäfen oder Bahnhöfen Leute zu kontrollieren und mit der Waffe in der Hand Objekte zu schützen, wie das Schäuble und andere CDU/CSU-Politiker wollten. Für die von ihnen angestrebte schnelle Grundgesetzänderung fehlt die Zeit. Und selbst „Plan B“, nach dem Soldaten kurzerhand in die Uniform von Bundespolizisten gesteckt werden sollten, ist vorerst vom Tisch. Dabei hatte er einem Teil der SPD ganz gut gefallen. Innenpolitiker Wiefelspütz, der vollmundig gegen Schäubles Pläne angestunken hatte, wollte so etwas „nur“ in Einzelfällen dulden – einigen Hundert, wie er der „taz“ erklärte.

Was bleibt, sind etwa siebentausend Soldaten, die der Polizei und anderen zivilen Behörden unbewaffnete „technische Amtshilfe“ gewähren. Sie beherbergen und verpflegen Polizisten in Kasernen. Sie sollen als ABC-Abwehr dem terroristischen Katastrophenfall vorbeugen oder, wenn dieser Fall eintritt, ärztliche Notfallhilfe leisten. Harmlos ist auch dieses unbewaffnete militärische Kokettieren mit der terroristischen Großgefahr keineswegs. Es ist der Versuch, uns die Nützlichkeit des Militärs im Innern einzureden. Darauf gibt es nur eine Antwort: ein klares Nein.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke · Konstantin Wecker ist Liedermacher · Heiner Busch ist Vorstandsmitglied im Komitee für Grundrechte und Demokratie

Der Iran als Zielscheibe von Machtinteressen Gerangel ums Öl

von Wolfgang Pomrehn

Daß es bei der geplanten Aggression gegen den Iran tatsächlich um dessen Atomprogramm geht, glauben außer diversen Journalisten, die dafür bezahlt werden, wahrscheinlich nur noch die Einfältigsten. Daß es der US-Führung vielmehr um die Kontrolle der Öllagerstätten am Persischen Golf geht, ist fast schon eine Binsenweisheit. Schon in den 50er Jahren hat der US-Geheimdienst zu diesem Zweck eine demokratisch gewählte und sehr populäre Regierung wegputschen lassen, weil sie es gewagt hatte, die Ölindustrie zu verstaatlichen. Seinerzeit wurde der Schah Reza Pahlevi als US-Vasall installiert.

Das Öl-Motiv hat aber noch einen zweiten, weniger beachteten Aspekt: das Ringen um die Kontrolle der zentralasiatischen Ölvorkommen, die sich hauptsächlich am Kaspischen Meer konzentrieren und damit ebenfalls in Nachbarschaft zum Iran, der zu den Anrainern dieses Binnenmeeres gehört. Das Sabelrasseln im Pentagon richtet sich also indirekt

gewählter Präsidenten Nursultan Nasarbajew ins Fäustchen lachen. Hatte er sich nach dem Zerfall der Sowjetunion zunächst den USA zugewandt und deren Ölkonzerne ins Land geholt, um sich aus der Abhängigkeit von Moskau zu befreien, spielt er nun ein wenig die chinesische Karte. Für China hat die neue Pipeline nicht nur den Vorteil, daß die Volksrepublik ihre Abhängigkeit vom Öl aus der Golfregion etwas verringert. Sie bedeutet für China auch erstmals eine Versorgungssader, die außerhalb der Reichweite US-amerikanischer Flugzeugträger und deren Bomber liegt.

Dabei hatten die US-Multis, die bisher die Förderung in Westkasachstan fest in der Hand haben, nichts unversucht gelassen, um die chinesische Konkurrenz draußen zu halten. Noch vor etwas mehr als einem Jahr hatten chinesische Unternehmen versucht, einen 16-Prozent-Anteil am Kashagan-Feld vor der kasachischen Küste des Kaspischen Meeres zu erwerben. Das wußte ein Konsortium um Exxon-Mobile zu verhindern. Bestechungsgelder halfen et-

der Internationalen Atomenergie Agentur an den Sicherheitsrat überwiesen wird. Während die USA hoffen, durch ein aggressives Vorgehen gegen das Mullah-Regime oder gar durch einen Krieg die Region fester in den Griff zu bekommen, muß die Volksrepublik um ihre ökonomischen Interessen fürchten. Bisher liefert der Iran 14 Prozent der chinesischen Erdölimporte oder ungefähr 5,6 Prozent des chinesischen Verbrauchs. Der Anteil könnte noch wachsen, wenn eine zwischen China und dem Iran vereinbarte Pipeline gebaut wird, die iranischen Ölfelder mit dem Netz am Kaspischen Meer und so mit der neuen chinesischen Pipeline verbinden wird. Auch an Irans enormen Erdgasvorkommen – nach Rußland weltweit die zweitgrößten – will China teilhaben. Ende 2004 unterzeichneten Teheran und Beijing ein Abkommen über die Erschließung des Yadavaran-Feldes. Umfang des Vertrages: 70 Milliarden US-Dollar.



auch gegen die zentralasiatischen Staaten wie Kasachstan und Turkmenistan und die beiden Mächte, die dort den US-amerikanischen Interessen ins Gehege kommen: Rußland und China.

China hat erst im Dezember letzten Jahres mit der Eröffnung einer knapp 1.000 Kilometer langen Pipeline vom kasachischen Atasu ins westchinesische Alanshnkou US-amerikanischen Interessen gehörig auf die Füße getreten. Vorerst kann aus den im Umfeld der Pipeline liegenden kasachischen Feldern kaum genug gefördert werden, um die Leitung zu füllen. Aber mit der neuen Leitung hat China direkten Zugriff auf die kürzlich erworbenen Förderanlagen von PetroKazakhstan im zentralkasachischen Kumkol, das mit dem östlich gelegenen Atasu, dem Ausgang der neuen Rohrleitung, durch eine ältere Pipeline verbunden ist.

Der besondere Clou an der Geschichte ist folgender: Von Kumkol fehlen nur noch wenige hundert Kilometer, um die Verbindung zum Pipelinenetz in Westkasachstan zu schließen, wo die größten Erdölvorkommen der Region liegen. Die Planungen für die entsprechenden Rohrleitungen laufen bereits. Wenn die liegen, wird China mit den besonders ergiebigen Ölfeldern am und unterm Kaspischen Meer verbunden sein. Kasachstan verfügt über bekannte Reserven von 35 Milliarden Barrel Erdöl, was ungefähr dem Zehnfachen des chinesischen Jahresbedarfs an Importen entspricht. Die kasachische Regierung geht allerdings davon aus, daß die tatsächlichen Reserven dreimal so groß sind. Auf jeden Fall plant man die Tagesförderung von derzeit 1,3 Millionen Barrel bis 2015 auf 3,6 Millionen auszubauen. Zehn bis zwölf Prozent davon könnte die chinesische Pipeline aufnehmen.

In Washington ist man über diese Aussichten wenig erfreut. Erst wenige Monate ist es her, daß die Baku-Tblissi-Ceyhan-Pipeline fertiggestellt wurde. Jahrelang war dieses Lieblingspielzeug der US-amerikanischen Neokonservativen vorangetrieben worden. Mit dem Verlauf durch Aserbaidschan, Georgien und die Türkei wollte man sich einen Zugang zum zentralasiatischen Öl sichern, den Rußland nicht kontrollieren kann. Die Pipeline sollte nicht nur das aserbaidschanische Öl aus Baku abpumpen, sondern auch kasachisches Öl befördern, das Tanker über das Kaspische Meer bringen würden. Bisher hat die neue Röhre allerdings noch keinen Tropfen kasachisches Erdöl gesehen, und mit der chinesischen Pipeline sieht es ganz so aus, als hätte die strategische Rolle der lange diskutierten BTC-Route erheblich an Glanz verloren.

Jedenfalls kann sich Kasachstans gerade wieder-

was nach, wofür das Unternehmen in Kasachstan vor Gericht zitiert und verurteilt wurde. Im Juli 2005 hatte man verhindert, daß der chinesische Konzern CNOOC den in Schwierigkeiten geratenen US-Konkurrenten Unocal übernahm, der in Zentralasien über zahlreiche Lizenzen verfügte. Den Zuschlag erhielt schließlich Chevron.

Doch alles hat nichts genützt. Die Eröffnung der chinesischen Pipeline läutet das Ende der US-Vorherrschaft in der Region ein und untermauert zugleich die politische Zusammenarbeit, die sich in den letzten Jahren zwischen den zentralasiatischen Staaten sowie Rußland und China im Rahmen der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit entwickelt hat.

Ein anderes Anzeichen für den schwindenden Einfluß Washingtons war im Juli 2005 die Ankündigung des usbekischen Präsidenten Islam Karimows, das US-Militär habe bis zum 1. Januar 2006 den usbekischen Stützpunkt Karshi-Khanabad zu räumen. Da wundert es eigentlich kaum, daß im Westen die Stimmen lauter werden, die bei den langjährigen Verbündeten Nasarbajew und Karimow einen Mangel an Demokratie ausmachen und nach einer „oran-genen Revolution“ rufen. Doch noch will man in Washington davon offenbar nichts wissen. Dafür läßt man gegenüber dem benachbarten Iran die Säbel um so lauter rasseln. China hat sich als Vetomacht im UN-Sicherheitsrats lange dagegen gesperrt, daß der Streit um Irans Atomprogramm von

Die Kriegsziele der US-Regierung kann man einem offiziellen Sitzungsprotokoll des Unterausschusses Asien und Pazifik des US-amerikanischen Repräsentantenhauses aus dem Jahr 2000 entnehmen. In diesem heißt es: „Die neuen Länder (Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan), die Zentralasien ausmachen (...) haben einmal mehr die weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen durch die fantastischen Öl- und Erdgasvorräte, die in der Region lagern ... Die erklärten energiepolitischen Ziele der USA für diese Region umfassen: die Stärkung der Unabhängigkeit dieser Staaten und ihrer Bindungen an den Westen; die Brechung des russischen Monopols über die Transportwege für Öl und Gas; das Betreiben einer Ost-West-Pipeline, die nicht durch den Iran führt; die Sicherung der Energieversorgung des Westens durch eine Vervielfältigung der Anbieter ... Vor allem wollen die USA verhindern, daß ein einzelnes Land die Kontrolle über diese Region erlangt.“

Seit dieser – wohlgerneht: vor dem 11. September 2001 getätigten – Feststellung wurden diese Zielsetzungen Punkt für Punkt abgearbeitet. Die „Unabhängigkeit“ der genannten – ohne Zweifel oft diktatorisch regierten – Staaten und deren „Bindungen an den Westen“ wird systematisch „gefördert“ – u.a. durch die Errichtung von Militärstützpunkten. Das „russische Monopol über die Transportwege für Öl und Gas“ wurde inzwischen gebrochen – durch die Ölpipeline Baku – Tblissi – Ceyhan (Türkei), in die der sehr hohe Betrag von 4 Milliarden Dollar in-

Windmühlen statt Drogenkriege

von Wolfgang Pomrehn

Eigentlich kann es jeder wissen: Das Öl ist endlich, wie auch die Kohle und das Uran. Und dennoch lebt eine Minderheit auf diesem Planeten, ein paar Hände voll Staaten, in denen rund 20 Prozent der Menschheit leben, seit vielen Jahrzehnten nach dem Motto: „Nach uns die Sintflut“. Öl wird verbraucht – verschwendet – als sei es Luft, als könne es immer so weitergehen. Für große Teile der Wirtschaft ist er der Schmierstoff, erhebliche Teile unserer Infrastruktur bauen auf ihm auf. In vielen Regionen hat man die einst dichten Eisenbahnnetze zerstört, so daß Verkehr nicht mehr ohne Auto oder Bus denkbar ist. Wie ein Heroin-Junky hängt der Westen an der Pipeline-Nadel, und die Dealer von VW & Co. haben in China gerade ein paar zusätzliche 100 Millionen Menschen angefixt.

Und es geht zu, wie im richtigen Drogenhandel: Je knapper der Stoff, desto besser das Geschäft. Deshalb spricht man auch nicht gerne davon, daß sich die Lagerstätten irgendwann erschöpfen. Doch noch

zu Lebzeiten der meisten von uns wird sich das Erdöl spürbar verknappen. Einige Fachleute meinen gar, daß der Höhepunkt der Ölförderung schon in zehn bis 15 Jahren überschritten sein könnte. Danach geht die Party für Shell, BP, E.ON und Co. erst richtig los, denn dann wird die beginnende Knappheit die Preise so richtig in die Höhe treiben. Um so höher, je länger man verhindert, das rechtzeitig nach Alternativen gesucht wird. Deshalb das ganze Geschrei der hiesigen Energiewirtschaft und ihrer Lobby, unter anderem im CDU-Wirtschaftsrat, gegen regenerative Energiequellen. Mit der Verknappung des Erdöls winken traumhafte Profite (auch fürs Gasgeschäft übrigens). Kein Wunder, daß die US-Regierung am Persischen Golf für den Zugriff auf die dortigen Ölfelder über Leichen geht. Kein Wunder, daß auch hierzulande Militärs und politische Eliten immer lauter danach schreien, die Bundeswehr solle zur „Sicherung der Energieversorgung“ eingesetzt werden. Wer auf Öl setzt, setzt auf Krieg. Wer Frieden will, muß alles in die Entwicklung regenerativer Energien stecken. Nicht in 20 Jahren, sondern jetzt.

vestiert wurde (siehe Artikel auf dieser Seite). Schließlich soll verhindert werden, „daß ein einzelnes Land die Kontrolle über diese Region erlangt“.

Der Iran ist das einzige Land, das im wichtigsten Ölgebiet der Welt, am Persischen Golf, ebenso präsent ist wie im zweitwichtigsten Ölgebiet, am Kaspischen Meer. Die Regierung in Teheran versuchte, die US-Zielsetzungen mit einem neuen „Swap-System“ zu unterlaufen: 2004 wurde eine neue Ölpipeline von Neka, der iranischen Stadt am Kaspischen Meer, nach Teheran in Betrieb genommen. Seither wird Rohöl aus den lukrativen kaspischen Ölfeldern Kasachstans, Turkmenistans und Russlands nach Neka verschifft. Von dort gelangt es zu den Raffinerien von Teheran und Tabriz, um den heimischen iranischen Markt zu versorgen. Im Gegenzug erhalten die Verkäufer Rohöl aus den iranischen Feldern am Persischen Golf, die in der Nähe der großen Tanker-Terminals liegen. Dieses auch „Cross Project“ genannte System ist deutlich preisgünstiger als der Transport durch die 1700 km lange Pipeline Baku-Ceyhan. Es wurde zwei Jahre vor dem Machtantritt des neuen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad verwirklicht. Die Tatsache, daß der Iran in die Nähe von Atomwaffen gelangen und damit eine weitreichende „Kontrolle über die Region“ erlangen könnte, akzentuiert natürlich die Zielsetzungen der US-Regierung. Im Fall eines Kriegs gegen den Iran werden US-Kampffjets zwar auch mögliche Standorte der iranischen Atomtechnik bombardieren. Sie werden vor allem aber die Infrastruktur der iranischen Öltransportwege zerstören. W. Wolf

Gründe für einen Iran-Krieg

Vor Gründe für – Hintergründe von A

Im Zentrum der aktuellen Berichte über die es in der Internationalen Atomenergie damit verbundene Eskalation ist bedrohliche Aspekte stehen im Zentrum dieses zsgk-s

Da ist zum einen der materielle Hintergrund: Iran hat die zweitgrößten Gasvorräte der Welt und ist ein „Land des 21. Jahrhunderts“ im „alten Kapitalismus“. Die Beiträge von Wolfgang Pomrehn Da ist zum anderen die innere Situation: Iran setzt mit „dem Iran“ und damit mit „dem Iran“ das Prinzip „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ als Teil eines „antiimperialistischen Kampfes“ in einer „Klassengesellschaft ist. Die Regierung in Teheran geht einen abenteuerlichen Weg. Sie führt die iranische Bevölkerung. Und sie ist in der Lage, Gewalt vorzugehen – wie der Teheraner Präsident Ahmadinedschad betreibt und seine unpopuläre dieser inner-iranischen Situation: Ahmadinedschad außen zu überspielen, daß seine Regierung reich werden und die Armen verarmen lassen.

Unser iranischer Freund Bahman Shafiq Ahmadinedschad charakterisierte, analysiert in seiner Buchreihe die Niederschlagung des Teheraner Busfahrers

Die Antikriegsbewegung wendet sich gegen die EU. Gleichzeitig ist es notwendig, daß die EU in den schaftlichen Kämpfen zeigen.

dem Iran-Krieg

den Krieg des Westens

gründe für den Kurs

Ahmadinedschad

den Iran stehen das Atomprogramm Teherans und die Konfrontationen, die-Agentur (IAEA) und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gibt. Die lich; darauf wird in dieser ZgK auf Seite 2 eingegangen. Zwei ergänzende spezial zum drohenden Iran-Krieg.

grund der Kriegsdrohung. Erneut geht es, wie beim Krieg gegen Afghani-Ölinteressen. Genauer: Es geht um die drittgrößten Ölvorräte, um die um die Transportwege dieser entscheidenden Ressourcen eines „ölbasier-fgang Pomrehn und Winfried Wolf leuchten diesen Hintergrund aus.

im Iran. Im Westen wird meist die Regierung Ahmadinedschad gleichge-iranischen Bevölkerung“. In Teilen der Antikriegsbewegung wiederum gilt t mein Freund“. Auf diese fatale Weise wird Ahmadinedschad des öfteren pfes“ gesehen. Uns erscheint es wichtig aufzuzeigen, daß auch der Iran ng Ahmadinedschad verfolgt nicht nur in der Frage des atomaren Pro- steht vor allem in Widerspruch zu den Interessen der breiten Mehrheit bereit, gegen gewerkschaftlichen und demokratischen Protest mit brutaler Streik der Busfahrer unterstreicht. Der Konfrontationskurs, den auch verantwortlichen Äußerungen zum Holocaust sind teilweise Konsequenz dinedschad versucht in klassischer Weise mit einer Radikalisierung nach ung wie die Vorgängerregierungen eine Politik betreibt, bei der die Rei-armen.

gh, der bereits in der vorausgegangenen ZgK die Regierung Ahmadine-nem aktuellen Artikel die soziale Situation im Iran und die Lage nach der erstreiks.

zu Recht gegen die entscheidenden Kriegstreiber – die US-Regierung und ß wir uns solidarisch mit der iranischen Bevölkerung und ihren gesell-



Freiheit für Gewerkschaftsführer!

Konfrontation und Widerstand

von Bahman Shafiqh

Der Winter im Iran ist die Jahreszeit der Revolutionen und der großen sozialen Auseinandersetzungen. Der Monat „Bahman“, Januar/Februar, ist in der jüngsten iranischen Geschichte voll von Ereignissen. Nicht nur die später gestohlene Revolution gegen den Schah und dessen Sturz im Jahre 1979 fanden in diesem Monat statt. Die Geburt der Guerillabewegung der 70er Jahre geschah ebenfalls in „Bahman“. Seit drei Jahren ist dieser Monat zum Monat der Arbeiterbewegung geworden. 2004 wurde ein Arbeiteraufstand in der südlichen Provinz Khatoun-abad in der Nähe von Kerman blutig niedergeschlagen. Die Bauarbeiter der Minengesellschaft, die die Einrichtungen einer neuen Mine aufgebaut hatten, haben am 4. „Bahman“, 27. Januar, einen Marsch zur Stadtverwaltung der in der Nähe gelegenen Stadt „Schahr Babak“ organisiert, um sowohl gegen die kollektive Kündigung ihrer Arbeitsverhältnisse nach Ende der Bauarbeiten zu protestieren, als auch ihre monatelang nicht bezahlten Löhne einzufordern. Auf dem Weg in die Stadt wurde der Marsch mit Kugelhagel der islamischen Revolutionsgardisten und der Armee gestoppt. Laut offiziellen Angaben wurden vier Arbeiter dabei getötet. Die wirkliche Zahl der Gefallenen ist nicht bekannt.

Doch wer gedacht hatte, mit dieser blutigen Niederschlagung den Kämpfen der Arbeiter und der entrechteten Menschen ein für allemal ein Ende gesetzt zu haben, sah sich bald getäuscht. Nicht nur, daß die Zahl der Arbeitskämpfe in allen Bereichen der Industrie und Dienstleistung rapide zunahm, auch das Streben der Arbeiter nach Gründung eigenständiger, regierungsunabhängiger Organisationen nahm ein bis dahin nie erreichtes Ausmaß an.

Der Gottesstaat, der mit der Verheißung einer paradisiatischen islamischen Gesellschaftsordnung die Revolution von 1979 vereinnahmt und die wahren Revolutionäre niedergemetzelt hatte, der Staat, der mit dem Anspruch an die Macht kam, die Öleinnahmen des Landes für den Wohlstand der Bevölkerung zu verwenden, der Staat, der die kostenlose Versor-

gung aller Bevölkerungsschichten mit Strom und Wasser versprach und vorgab, ein allgemeines Gesundheitswesen aufzubauen, kurz der Staat, der die Beseitigung der Armut auf seine blutigen Fahnen geschrieben hatte und den Anspruch erhob, schlecht-hin der Staat der Schwachen zu sein, hatte sich als ein Moloch und ein Blutsauger entpuppt, dessen Hunger nach Geld und dessen Gier alles bis dato Dagewesene in den Schatten stellte.

Mehr Menschen unter der Armutsgrenze

Die Schere zwischen arm und reich klappte in den 25 Jahren der islamischen Herrschaft immer weiter auseinander. Daß über 40 Prozent der Bevölkerung mittlerweile unter der Armutsgrenze lebt, leugnen nicht einmal die Regierenden selbst. Während die oberen Schichten der Gesellschaft, die fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, unter dem Mantel des Islams eine luxuriöses Leben á la Sodom und Gomorra genießen und Paläste im In- und Ausland bauen, geht es der Mehrheit der Menschen immer schlechter. Die Straßen Teherans und anderer Großstädte sind voll von Obdachlosen, Straßenkindern und verarmten Prostituierten. Ein Land, das sich anschiekt, in den Club der Atommächte einzusteigen, hat als große Einnahmequelle neben Öl den Export von jungen Frauen entdeckt. Zu erschwinglichen Preisen gibt es für die reichen arabischen Golfstaaten iranische Frauen jeglichen Alters. Kinderverkauf ist zu einer der wichtigsten Quellen des Überlebens für viele verarmte Menschen geworden. Und das Schlimmste: Jeder im Land weiß, daß dies von den mafiösen Kreisen im Staat selbst organisiert wird.

Die Menschen haben den islamischen Staat in drei Phasen erlebt: In der ersten schob der Staat vor, es sei unmöglich, die Lage der Menschen zu verbessern, da sich das Land im Krieg befände. Also hatte das arbeitende Volk mehr Opfer bringen müssen; und die Reichen wurden reicher. In der zweiten Phase, nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges, ging es um den Wiederaufbau des Landes, als dessen Feldherr sich Präsident Rafsandschani allzu gern bezeichnete. Es ging darum, das Land für den Weltmarkt und

für den Beitritt in die Welthandelsorganisation fit zu machen. Also mußten wieder die arbeitenden Menschen daran glauben. Im Zuge der Rationalisierung der iranischen Industrie wurden hunderttausende Arbeiter entlassen und ganze Industriebranchen stillgelegt. Von der Textilindustrie ist nur ein Bruchteil übrig geblieben. Die Armen wurden wieder ärmer, die Reichen wieder reicher. Dann kam die Regierung des lächelnden „Reformers“ Khatami, der erneut acht Jahre lang die Armen mit dem Versprechen tröstete, die politische Entwicklung sei wichtiger als die wirtschaftliche. Was nichts anderes bedeutete, als daß die Wirtschaftspolitik auch weiterhin den Maximen der Gewinnoptimierung und der Lohnsenkung folgte.

Sich wehren unter einem autoritären Regime

So mußte es zu einer Entwicklung von unten kommen. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die neue soziale Bewegung der Ärmsten, die im Kampf der neu gegründeten Teheraner Busgewerkschaft Vahed ihren klarsten Ausdruck und vorläufigen Höhepunkt fand, zeitlich ausgerechnet mit der Machtübernahme der neuen Regierung der „Güte“, wie es Ahmadinedschad zur Beschreibung seiner Regierungsbande gerne zu sagen pflegt, zusammenfiel. Diese Erscheinung zeigt einiges. Erstens zeichnet sich ein tiefer Riß in der Basis des islamischen Staates ab. Die Teheraner Gesellschaft der Busbetriebe beschäftigt ca. 17.000 Menschen, von denen sich über 8.000 an der Wahlversammlung zur Gründung der Gewerkschaft beteiligten. Mehr als 60 Prozent dieser Mitglieder haben entweder im Krieg gegen den Irak gekämpft oder waren früher Mitglied der paramilitärischen Organisation der Basidchi. Nun haben sich diese Menschen entschlossen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Der erfolgreiche Streik vom 25. Dezember 2005, der die Millionenstadt Teheran lahm gelegt hat, war eine beeindruckende Machtdemonstration dieser neuen Kraft. Zweitens hat der lange Weg der streikenden Gewerkschafter für die Durchsetzung ihrer Forderungen gezeigt, daß sich keine Instanz in dem

Staatsgebilde für die Belange der arbeitenden Menschen verantwortlich fühlt - weder die Busgesellschaft, noch die Stadtverwaltung und noch weniger die Staatsführung selbst. Drittens ist es sowohl möglich als auch unabdingbar, sich auch unter den Bedingungen eines autoritären Regimes zu organisieren und den Kampf für ein menschenwürdiges Leben aufzunehmen. Und schließlich viertens, die Begeisterung der Bevölkerung in Teheran für die Streikenden zeigte auch die Bereitschaft in weiten Schichten der Bevölkerung, sich an einem Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung zu beteiligen.

Massive Gewalt gegen die Streikenden

Als am frühen Morgen des 28. Januar dieses Jahres der zweite Streik begann – seine Hauptforderung war die Freilassung des seit Dezember inhaftierten Gewerkschaftsführer Mansour Ossanlou – wurden die Streikenden mit einem massiven Gewalteininsatz der Sicherheitskräfte konfrontiert. Mehr als 1200 Busfahrer und Arbeiter des technischen Einsatzes wurden verhaftet und in das berüchtigte Evin-Gefängnis gebracht. Die Wohnungen der Gewerkschafter wurden überfallen, ihre Frauen und Kinder aus den Betten gerissen, zusammengeschlagen und sogar ebenfalls inhaftiert. Der Streik wurde brutal unterdrückt. Zum ersten Mal in der jüngsten iranischen Geschichte war das Evin-Gefängnis voll von Arbeitern und nicht mehr von Intellektuellen.

Zwei Monate nach dem Streik sitzt Ossanlou nach wie vor im Gefängnis und mit ihm weitere Gewerkschaftsführer. Die 1200 festgenommenen Streikenden kamen nach und nach frei. Sie wurden jedoch vom Dienst freigestellt, sprich: entlassen. Die Gewerkschaftseinrichtung und deren gesamte Besitztümer wurden konfisziert. Die Internetseite der Gewerkschaft wurde blockiert und die Presse davor gewarnt, über die Gewerkschafter zu berichten. Trotzdem versuchen die freien Gewerkschafter, ihre Organisation wieder aufzubauen und für den Kampf aufzurüsten. Im Mittelpunkt der Forderungen steht jetzt die Freilassung der Gewerkschaftsführer, allen voran von Ossanlou.

Der Iraner Bahman Shafiqh lebt im Exil in Deutschland

Bundeswehr im Kongo Den Fuß in der Tür für deutsche Konzerne



von Thomas
Immanuel Steinberg

Fünfhundert Bundeswehr-Soldaten sollen laut EU-Beschluß im Kongo die Wahlen sichern. Der Einsatz von insgesamt 1250 europäischen Soldaten unter Bundeswehrrführung wird vorbereitet. Vor Ort sollen Franzosen das Kommando haben. Für die Wahl von Präsident und Parlament der Demokratischen Republik Kongo, ursprünglich am 18. Juni vorgesehen, stand zwar bei Redaktionsschluß noch kein Termin fest. Fest steht hingegen für SPD und CDU/CSU: Die Bundeswehr wird dabei sein.

Die EU gibt vor, dem kongolesischen Volk beim Aufbau seiner Demokratie zu helfen. Die Kongolesinnen und Kongolesen werden ihr das nur schwer glauben. Das Land ist vom Blut der Millionen getränkt, die von europäischen Mächten versklavt, gegeneinander gehetzt, verstümmelt und geschlachtet

wurden. Jahrzehntelanger Krieg im Lande und mit den Nachbarn hat die Infrastruktur im Kongo nahezu völlig zerstört. Zur Verhinderung weiterer Kriegshandlungen stehen momentan rund 17.000 UN-Militärbeobachter und UNO-Soldaten im Land, im Rahmen der Kongo-Mission mit dem Kürzel MONUC. Eine Ausweitung dieser Mission und Entsendung weiterer Blauhelmsoldaten hat der UN-Sicherheitsrat abgelehnt. Das ist die Gelegenheit für den erneuten Einstieg der Europäer.

Sklaverei und Völkermord

Vom 13. bis 16. Jahrhundert herrschten teils mächtige Königreiche über das Einzugsgebiet des 4300 km langen Flusses Kongo. Vom 15. bis 19. Jahrhundert, fast 400 Jahre lang, ließen sich europäische Händler nur an den Küsten des afrikanischen Kontinents nieder, wo sie sich von afroarabischen und afrikanischen Zwischenhändlern Sklaven anliefern ließen. Ende des 19. Jahrhunderts

durchreiste der Journalist Henry Morton Stanley das Land mit dem Ziel, den Kongo dem englischen Kolonialreich anzugliedern.

Doch der belgische König Leopold II. zeigte mehr Interesse. Er veranstaltete 1876 eine große geographische Konferenz in Brüssel und gründete gleichzeitig eine philanthropische Gesellschaft – heute würden wir sagen: eine humanitäre Organisation. Im Auftrage Leopolds schloß Stanley „Verträge“ mit den meist leseunkundigen Bantu-Häuptlingen, die sich darin zur Landüberlassung und zur Lieferung von Arbeitskräften verpflichteten. Darauf fußte die spätere Zwangsarbeit der gesamten kongolesischen Bevölkerung in Kupferminen und Kautschuk-Plantagen.

Leopold II. wurde privater Eigentümer des Landes, 75mal größer als Belgien. Das Land wurde ausgebeutet und geplündert, die Bewohner verstümmelt und ermordet. Söldner sammelten abgehackte Hände als Trophäen. Die Greuel-

taten wurden bekannt. 1908 war Leopold gezwungen, das Land an den belgischen Staat weiter zu reichen. Zwischen 1880 und 1920 halbierte sich die Bevölkerung des Kongos, von den anfangs rund 20 Millionen Einwohnern starben über zehn Millionen durch koloniale Gewaltverbrechen, Hunger, Entkräftung durch Überarbeitung und Krankheiten.

Patrice Lumumba ermordet

Nach Befreiungskämpfen entließ Belgien 1960 den Kongo in die Unabhängigkeit – und zwar bewußt in einem Zustand, der jede einheimische Regierung zwingen würde, entweder jahrelanges Chaos oder fremde Hilfe und damit wiederum Fremdbestimmung in Kauf zu nehmen: ohne Wissenschaftler, Manager oder hohe Beamte. Überdies kommandierten weiterhin Belgier die kongolesischen Streitkräfte. Zum ersten Ministerpräsidenten wurde der Befreiungskämpfer Patrice Lumumba gewählt, der die bloß formale in eine tatsächliche Unabhängigkeit umwandeln wollte. Deshalb verdächtigen ihn die USA und Belgien, Kommunist zu sein. Nach einer Meuterei ersetzten die Kongolesen die belgische Militärführung unter anderem durch Joseph Mobutu, den späteren Diktator, der bereits insgeheim mit den Kolonialmächten zusammenarbeitete. Unterdessen hatte sich die reiche Provinz Katanga unter Moïse Tschombé mit belgischer Unterstützung vom Kongo abgespalten. Die kongolesische Regierung rief die UNO ins Land. Die Blauhelme arbeiteten jedoch den USA zu. Dagegen rief Lumumba die UdSSR um Hilfe. Daraufhin befahl US-Präsident Eisenhower der CIA, Lumumba zu ermorden. Der Mord gelang jedoch erst, als der belgische Afrika-Minister Harold d'Aspremont Lynden die Tat in Gang setzte. Fünf Tage nach dem Mord fuhr ein belgisches Kommando erneut in die Savanne zum Hinrichtungsplatz, exhumierte die Leiche, hackte sie in Stücke und löste sie in Schwefelsäure auf.

Mobutu herrschte mehr als drei Jahrzehnte als Militärdiktator, danach regierte bis zu seiner Ermordung durch einen Leibwächter im Jahre 2001, Laurent-Désiré Kabila. Er wurde zunächst von den Nachbarländern Ruanda und Uganda unterstützt, die dann aber gegen ihn den sogenannten Kongokrieg auslösten. Kabila erhielt Unterstützung unter anderem von Simbabwe und Angola.

Seit seiner Ermordung herrscht sein Sohn Joseph Kabila. 17.000 UN-Beobachter und -Soldaten sind inzwischen – wieder – im Lande. Sie konnten einige Kampfhandlungen verhindern.

Ein zerstörtes Land

Doch rund 300.000 nichtstaatliche Kämpfer stehen noch unter Waffen. Von 1998 bis Anfang 2005 wurden 3,8 Millionen Menschen während gewaltsamer Auseinandersetzungen getötet. Nirgendwo sonst wurden seit dem zweiten Weltkrieg so viele Menschen in einem so kurzen Zeitraum getötet. Nach Schätzungen der UNO werden jeden Tag 1000 Menschen zu Opfern von Gewalttaten. Allein in der Provinz Sud-Kivu wurden von 2003 bis 2005 etwa 10.000 Frauen systematisch vergewaltigt.

Die 1250 EU-Soldaten sollen nun Wahlen im Lande sichern. Doch sie werden allenfalls in der Hauptstadt Kinshasa Eindruck machen. Denn im Osten des Landes wird weiter gekämpft. 1,66 Millionen Vertriebene zählt die UNO im gesam-

Der Übung folgt tödlicher Ernst

Im Dezember 2005 führten die EU-Militärs die Stabsrahmenplanung „Millex 2005“ durch, der, laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (31.12.2005), „militärisch anspruchsvollste Auftrag im breiten Spektrum der sogenannten Petersberg-Aufgaben, die von der Schnellen Eingreiftruppe der EU übernommen werden sollen. Das Manöver-Modell sprach von einer Insel Atlantia mit kolonialer Vergangenheit und ethnischen Konflikten. Die Konflikte verschärfen sich, „nachdem Erdöl in den Küstengewässern entdeckt“ wurde. Die EU bietet an, „auf Grundlage eines UN-Mandats die Schnelle Eingreiftruppe in Bewegung zu setzen und den Frieden notfalls zu erzwingen“. Besonders hervorgehoben wurde bei der Manöverbeschreibung, daß hier „zum ersten Mal in den Kommandostrukturen in allen Einzelheiten die Zusammenarbeit zwischen einem Hauptquartier, das die Operation auf strategischer Ebene planen und führen würde (Operation Headquarters, OHQ), und einem rasch ins Einsatzgebiet verlegbaren Hauptquartier, das dort die Befehlsgewalt über die internationale und teilstreitkräfteübergreifende Mission hätte (Force Headquarters, FHQ), erprobt werden“ sei.

Die Rolle des OHQ erfüllte damals das ausschließlich für EU-Kampfeinsätze geschaffene Hauptquartier der französischen Streitkräfte in Mont Valérien am Stadtrand von Paris. Die Rolle des FHQ übernahm das Anfang Oktober 2005 in Dienst gestellte Kommando Operative Führung Eingreifkräfte der Bundeswehr in der Festung Wilhelmsburg bei Ulm.

Außer dem bereits benannten französischen Hauptquartier hat die EU bereits vier weitere militärische Zentren eingerichtet, die sich als OHQ eignen: ein britisches in Northwood, ein italienisches in der Nähe von Rom, ein griechisches in der Nähe von Larissa und – ein deutsches in Potsdam.

Auf das Manöver folgt nun nur ein knappes halbes Jahr später der realen Einsatz im Kongo. Er vertauscht die Hauptquartierfunktionen: die französische Seite stellt das FHQ vor Ort, in Kinshasa. Das OHQ befindet sich nun in Potsdam.

ten Land, monatlich kommen 40.000 dazu. Im Distrikt Rutshuru hat sich die Regierungarmee gespalten, beide Fraktionen demonstrieren ihre Macht mittels Vorstößen in Dörfer und Kleinstädte. Außerdem wüten Milizen. Alle Kriegsparteien leben vom Plündern der Dörfer. Der Einsatz von 500 Bundeswehr-Soldaten im zerstörten Kongo dient offenbar folgenden Zwecken:

- Gewöhnung der deutschen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit an militärische Handlungen, die nicht der Verteidigung Deutschlands dienen
- Test der Einsatzfähigkeit jüngst aufgebauter Interventionskräfte
- Festigung des deutschen Anspruchs auf Beteiligung an Militäreinsätzen auf der ganzen Welt
- Berücksichtigung bei der Aufteilung der Welt in Einflußzonen.

Der Kongo ist überreich an Bodenschätzen. Wer sie bekommen wird, ist offen. Die Bundesregierung will für die deutschen Konzerne den Fuß in der Tür haben. Die Wahlen im Kongo sind nur ein Vorwand. Der Völkerrechtler Norman Paech stellt fest: „Freie Wahlen unter dem Schutz von Panzern und Fallschirmjägern sind ein Widerspruch in sich.“

Thomas Immanuel Steinberg ist wissenschaftlicher Angestellter und Publizist in Hamburg

-Anzeige-

Ossietyzky

Zweiwachenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Unser Ziel ist es, die Leser mit den neuesten Informationen und Meinungen aus dem Ausland zu versorgen. Wir bieten Ihnen eine einzigartige Mischung aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Unsere Zeitschrift ist die perfekte Ergänzung zu Ihrer Tageszeitung.

Hier sind die Adressen für die Postzustellung:

• In Deutschland: Postfach 12345, 10115 Berlin
 • In Österreich: Postfach 12345, 10115 Wien
 • In der Schweiz: Postfach 12345, 10115 Bern

• In den USA: Postfach 12345, 10115 New York
 • In Kanada: Postfach 12345, 10115 Toronto
 • In Australien: Postfach 12345, 10115 Sydney

• In Indien: Postfach 12345, 10115 New Delhi
 • In Japan: Postfach 12345, 10115 Tokio
 • In China: Postfach 12345, 10115 Peking

• In Russland: Postfach 12345, 10115 Moskau
 • In Brasilien: Postfach 12345, 10115 Rio de Janeiro
 • In Mexiko: Postfach 12345, 10115 Mexiko-Stadt
 • In Argentinien: Postfach 12345, 10115 Buenos Aires
 • In Chile: Postfach 12345, 10115 Santiago
 • In Peru: Postfach 12345, 10115 Lima
 • In Kolumbien: Postfach 12345, 10115 Bogotá
 • In Venezuela: Postfach 12345, 10115 Caracas
 • In Ecuador: Postfach 12345, 10115 Quito
 • In Kuba: Postfach 12345, 10115 Havanna
 • In Bolivien: Postfach 12345, 10115 La Paz
 • In Paraguay: Postfach 12345, 10115 Asunción
 • In Uruguay: Postfach 12345, 10115 Montevideo
 • In Argentinien: Postfach 12345, 10115 Buenos Aires
 • In Brasilien: Postfach 12345, 10115 Rio de Janeiro
 • In Mexiko: Postfach 12345, 10115 Mexiko-Stadt
 • In Argentinien: Postfach 12345, 10115 Buenos Aires
 • In Chile: Postfach 12345, 10115 Santiago
 • In Peru: Postfach 12345, 10115 Lima
 • In Kolumbien: Postfach 12345, 10115 Bogotá
 • In Venezuela: Postfach 12345, 10115 Caracas
 • In Ecuador: Postfach 12345, 10115 Quito
 • In Kuba: Postfach 12345, 10115 Havanna
 • In Bolivien: Postfach 12345, 10115 La Paz
 • In Paraguay: Postfach 12345, 10115 Asunción
 • In Uruguay: Postfach 12345, 10115 Montevideo

• In Indien: Postfach 12345, 10115 New Delhi
 • In Japan: Postfach 12345, 10115 Tokio
 • In China: Postfach 12345, 10115 Peking
 • In Russland: Postfach 12345, 10115 Moskau
 • In Brasilien: Postfach 12345, 10115 Rio de Janeiro
 • In Mexiko: Postfach 12345, 10115 Mexiko-Stadt
 • In Argentinien: Postfach 12345, 10115 Buenos Aires
 • In Chile: Postfach 12345, 10115 Santiago
 • In Peru: Postfach 12345, 10115 Lima
 • In Kolumbien: Postfach 12345, 10115 Bogotá
 • In Venezuela: Postfach 12345, 10115 Caracas
 • In Ecuador: Postfach 12345, 10115 Quito
 • In Kuba: Postfach 12345, 10115 Havanna
 • In Bolivien: Postfach 12345, 10115 La Paz
 • In Paraguay: Postfach 12345, 10115 Asunción
 • In Uruguay: Postfach 12345, 10115 Montevideo

• In Indien: Postfach 12345, 10115 New Delhi
 • In Japan: Postfach 12345, 10115 Tokio
 • In China: Postfach 12345, 10115 Peking
 • In Russland: Postfach 12345, 10115 Moskau
 • In Brasilien: Postfach 12345, 10115 Rio de Janeiro
 • In Mexiko: Postfach 12345, 10115 Mexiko-Stadt
 • In Argentinien: Postfach 12345, 10115 Buenos Aires
 • In Chile: Postfach 12345, 10115 Santiago
 • In Peru: Postfach 12345, 10115 Lima
 • In Kolumbien: Postfach 12345, 10115 Bogotá
 • In Venezuela: Postfach 12345, 10115 Caracas
 • In Ecuador: Postfach 12345, 10115 Quito
 • In Kuba: Postfach 12345, 10115 Havanna
 • In Bolivien: Postfach 12345, 10115 La Paz
 • In Paraguay: Postfach 12345, 10115 Asunción
 • In Uruguay: Postfach 12345, 10115 Montevideo

Die Demokratische Republik Kongo

Größe
Über 2 Millionen qkm, fast siebenmal so groß wie Deutschland

Bewohner
Fast 60 Millionen

Geschichte
13. – 16. Jahrhundert bis zum 19. Jahrhundert
1885

1908 Königreiche Massenversklavung Leopold II. von Belgien wird Privatbesitzer des Kongos der Kongo wird belgische Kolonie

1959 Belgien zieht sich zurück und hinterläßt ein Chaos

1960 Unabhängigkeit – unter belgischem Militärkommando Patrice Lumumba wird ermordet

17. Januar 1961 UNO-Blauhelme im Kongo Mobutu wird nach über 30-jähriger Militärherrschaft gestürzt. Laurent-Désiré Kabila übernimmt.

1962 - 1964 1997 die Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo – MONUC – stationiert Blauhelme im Kongo

2001 Joseph Kabila folgt seinem ermordeten Vater in der Herrschaft

2006 Deutschland und Frankreich wollen eigene Soldaten im Kongo stationieren.

Bundeswehr im Innern bei „Großschadensereignissen“ Auch große Koalition plant den Verfassungsbruch

von Ulrich Sander

Deutschland startet in die zweite Remilitarisierung. Vor 50 Jahren entstanden Heer, Marine und Luftwaffe. Jetzt entsteht etwas ganz Neues: Mit dem „Heimatschutz“, für den es keine grundgesetzliche Genehmigung gibt, entsteht eine neue Waffengattung. 7000 Soldaten sollen bereits zur Fußballweltmeisterschaft im Juni/Juli mit dem Einsatz im Fall von Naturkatastrophen, schweren Unglücksfällen und „Großschadensereignissen“ – eine neue Wortschöpfung, die im zuständigen Artikel 35 des Grundgesetzes nicht vorkommt – den Anfang machen. „Verteidigung sowohl am Hindukusch als auch in Hindelang“ – das liegt in Oberbayern –, so nennen es die Unionspolitiker in ihren Konzepten aus dem Jahre 2004, nachdem es ihnen der Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhan vorgesagt hatte. Die CDU/CSU verlangt, die Truppe bei Inland- wie Auslandseinsätzen mit „Polizeicharakter“ zu versehen. Es soll im Ausland mit geringerer Eskalationsstufe operiert werden können und im Inland mit höherer als Polizisten es vermögen. Alle Elemente der Sicherheitspolitik sollen koordiniert und aufeinander abgestimmt werden, möglichst in der Hand eines „Nationalen Sicherheitsberaters“.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD wird angekündigt, ein geplantes Weißbuch „beinhaltet auch eine Festlegung der Aufgaben und der Zusammenarbeit der für die Sicherheit verantwortlichen Institutionen innerhalb einer umfassenden Sicherheitsvorsorge.“ Für das Militärkonzept im Inland wird im Vorgriff auf Weißbuch und entgegen dem Grundgesetz der „Partnerschaft und Kooperation sowie Hilfeleistungen im Inland“ das Wort geredet. Grundgesetzartikel 87a bestimmt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“ und „außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“

Kriegsminister Peter Struck erfindet die „Verteidigung am Hindukusch“, um den Bruch des Grundgesetzes durch Grüne und SPD zu bemänteln. Die Union griff nun zur Wiederbelebung des



KSK-Bundeswehrosoldaten proben – auch für den Einsatz im Inland

Begriffs der Landesverteidigung, um den Bundeswehreinsatz im Innern mit aller Gewalt kompatibel mit dem Grundgesetz zu machen. Es heißt auf CDU-Vorschlag im Koalitionsvertrag: „Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus greifen äußere und innere Sicherheit immer stärker ineinander.“ Es soll hinsichtlich der Inlandseinsätze geprüft werden, ob „verfassungsrechtlicher Regelungsbedarf besteht.“

Mit dem Begriff „internationaler Terrorismus“ wird ein äußerer Angriff beschworen, gegen den die Bundeswehr in jedem Fall handeln müsse, sogar – entgegen dem Bundesverfassungsgerichts-urteil im Fall des Luftsicherheitsgesetzes – wenn es gilt, ein entführtes Flugzeug abzuschießen und alle Passagiere umzubringen. Derartige schlagen auch SPD-Innenpolitiker vor, die, wie allgemein üblich, den einzigen Terror, der im Inland droht, den der Nazis mit weit über 100 Terroropfern, ignorieren. Dieser Terror ist real und kann bei Ereignis-

sen wie der Fußballweltmeisterschaft infolge des Einflusses der faschistischen „Kameradschaften“ in der Fan-Szene schnell zur Gefahr werden – allerdings zu einer, wenn die Innenminister es wirklich wollten, der die Polizeikräfte Herr werden können, ohne daß Pionereinheiten und Feldjäger der Bundeswehr nötig sind.

CDU will eine 250.000-Mann-Bürgerkriegsarmee

Das Vorgehen der großen Koalition, mittels „Bild am Sonntag“ zu verkünden, daß ohne Änderung des Grundgesetzes 7000 Soldaten zur Fußballweltmeisterschaft abkommandiert werden sollen, weist auf ein erneutes Unterlaufen der Verfassung in Militärdingen hin – wie so oft seit 1990. Ist erstmal der Präzedenzfall geschaffen, dann werden weitere Schritte zum „Heimatschutz“ folgen, ohne daß noch groß nach dem Text des Grundgesetzes gefragt wird. In einem Papier der CDU, abgefaßt vom heutigen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswehrministerium, Christian Schmidt, nach den Anschlägen in Madrid im März 2004, wird die Schaffung eines neuen „Organisationsbereichs im Verteidigungsministerium mit dem Titel ‚Landesverteidigung und Heimatschutz‘“ verlangt. Dessen Aufgabe soll es sein, bis zu 50 vernetzte „Regionalbasen Heimatschutz“ mit einer Stärke von bis zu 500 Soldatinnen und Soldaten in allen größeren Städten Deutschlands aufzubauen. Bei einem Einsatz sollen die betreffenden Regionalbasen durch Reservisten auf eine Stärke von bis zu 5.000 Soldaten aufgestockt werden können. Die „Heimatschutztruppe“ soll zu 80 Prozent aus Wehrpflichtigen und zu 20 Prozent aus Berufs- und Zeitsoldaten als deren Führungspersonal bestehen.

Weimarer Notstandspolitik kehrt zurück
Hier werden Krisenbewältigungen

neu anvisiert, entsprechend der Weimarer Notverordnungs politik mit ihren Schlachten gegen die die Republik verteidigenden Arbeitermassen – wie 1920 nach dem Kapp-Putsch – und allen Belagerungszuständen, Absetzungen von Landesregierungen durch die Reichswehr sowie schwarzen Reichswehrkontingenten. Diesmal sollen es legale „schwarz-rote“ Kontingente werden. Die internationale Terrorismusgefahr ist da nur vorgeschoben. „Der Spiegel“ berichtete schon in seiner Nr. 36 von 1992: „Auch eine originelle Idee haben die Christdemokraten beizusteuern: Sie wollen die Bundeswehr einsetzen, um bürgerkriegsähnliche Situationen wie in Rostock zu bewältigen“ – obwohl Artikel 87a des Grundgesetzes genau dies verbietet. Den Artikel, meinte laut „Spiegel“ der CSU-Landesgruppenleiter Bötsch, „müssen wir notfalls auch ändern.“ Wolfgang Schäuble, heute Bundesinnenminister der CDU, setzte nach: „Im Zeitalter weltweiter Wanderbewegungen und internationalen Terrorismus“ verwischten zunehmend die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, um zu fordern, daß die Bundeswehr auch bei größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern „notfalls zur Verfügung stehen sollte“. (lt. „Spiegel“ vom 3.1.94)

In Rostock war im August 1992 beinahe das Konzept der Neonazis aufgegangen, die schon lange anstrebten, in

Großstädten Aufstände der Deutschen gegen Ausländer herbeizuführen, um Deutschland „zu befreien“. Dieses Konzept sieht vor, die Polizeikräfte – die in Rostock tagelang untätig der Gewalt zusahen – als nicht ausreichend darzustellen, um das „deutsche Volk“ militärisch zu schützen. Eine militärische Zentralgewalt soll nach diesen Plänen die Ordnung wiederherstellen.

In aktuellen Studien der Bundeswehrführung reiht man bei den Terroristen und der internationalen Kriminalität auch gleich „Chaosgruppen wie z.B. die Gruppe der Globalisierungsgegner“ als zu bekämpfende Feinde ein (Information für die Truppe Nr. 3/2002). Der Übergang vom Frieden zum Krieg sei fließend, „unterhöhlt“ würden die „klassischen Unterscheidungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sowie Krieg und Frieden“.

Ausschalten durch den Gestellungsbefehl

In den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR vom Mai 2003) kamen die Generäle und ihr Minister Peter Struck, der heute als SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag den Eindruck vermittelt, er sei gegen den Einsatz der bewaffneten Kräfte der Bundeswehr im Innern, wo er doch nur die Grundgesetzänderung dafür ablehnt, zu dieser Position: „Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkräfte im Rahmen der geltenden Gesetze immer dann zur Verfügung stehen, wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen.“

Der Einsatz gegen Terroristen und andere Gefahren im Innern wird so zur Sache der Verteidigung des Landes mittels der Massen von Wehrpflichtigen und Reservisten gemacht. Wenn man bedenkt, daß Millionen Reservisten nach einem neuen Gesetz bis ins hohe Alter gezogen werden können, so ist zu erkennen, wohin der Karren läuft: Die Einberufung und Verwendung der männlichen Massen, um sie bei „Großschadensereignissen“ (Bild am Sonntag, 26. März 2006) einzusetzen und sie selbst als Streikende oder Demonstrierende auszuschalten – per Gestellungsbefehl. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber deutete schon mal an, was mit Großschadensereignissen gemeint sein könnte: Die ganze Gesellschaft müsse darauf eingestellt werden, daß die freiheitliche Lebensordnung „durch Tausende von irgeleiteten fanatischen Terroristen mit möglicherweise Millionen Unterstützern“ massiv bedroht sei, sagte er am 1. 10. 01. Dem „Tagesspiegel“, öffentlich über Bundeswehreinsätze im Innern nachdenkend.

Ulrich Sander ist Journalist und Buchautor („Die Macht im Hintergrund“ Militär und Politik in Deutschland, 2004 Köln) sowie Bundessprecher der VVN-BdA

Merkel stützt Chirac

Die Drohung des französischen Präsidenten Jacques Chirac von Ende Januar 2006, als Teil der „Abschreckungsstrategie“ einen Atomschlag gegen „Länder mit terroristischem Regime“ zu führen, wurde von vielen Regierungen verurteilt. Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte sich demonstrativ hinter Chirac. Die französischen Vorschläge stünden „in der Kontinuität der Strategie Frankreichs.“ Die Abschreckung müsse „jeweils an die veränderte Bedrohung angepaßt“ werden.

Das heißt: Wenn im Grundgesetz steht, daß die Bundeswehr „nur zu Verteidigungszwecken“ eingesetzt werden kann, dann meint dies: Verteidigung der Freiheit am Hindukusch. Wenn die atomare Abschreckung ursprünglich meinte, diese solle von einem Angriff auf das eigene Territorium „abschrecken“, dann meint die „Anpassung“, daß ein weit entferntes Land durch einen atomaren Angriff davon „abgeschreckt“ werden darf, das eine zu tun und das andere zu lassen.

Optimum für Bundeswehr im Ausland

Franz Josef Jung machte sich im ersten halben Jahr seiner Amtszeit als Verteidigungsminister besonders für die Bundeswehr im Ausland stark. Truppenbesuche auf dem Balkan, in Afghanistan oder auf hoher See bei der Bundesmarine am Horn von Afrika verdeutlichten diese Schwerpunktsetzung. Bei einem Truppenbesuch in Kabul hatte der Minister gewissermaßen sechs neue gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Dingo 2 im Gepäck. Schließlich gehe es darum, daß „unsere Soldaten künftig alles notwendige Material (erhalten), damit die gefährlichen Einsätze auch verantwortet“ werden können. Ziel sei die „größtmögliche Sicherheit durch die bestmögliche Ausrüstung.“ Vorsorglich will Jung auch eine Verbesserung der Versorgung von Hinterbliebenen von im Ausland getöteten Soldaten erreichen. Auch eine spezifische Behindertenfreundlichkeit zeichnet den Minister aus. Verwundete Soldaten dürften „nicht wegen ihrer Behinderung entlassen“ werden.

Während die „Ausrüstung“ von Schülerinnen und Schülern sich ständig verschlechtert und z.B. die Lernmittelfreiheit abgebaut wird, während die Versorgungsansprüche von Seniorinnen und Senioren ausgehöhlt werden, während der soziale Schutz von Behinderten abgebaut wird und in vielen Bundesländern die Blindengelder reduziert wurden, wird der soziale Schutz für Soldaten systematisch ausgebaut.

-Anzeige-

Diese und andere Aufkleber sind zu erhalten bei:

<http://www.bundeswehrrabschaffen.de/kleber.htm>

oder: DFG-VK, Postfach 1426, 24904 Flensburg

von Gerald Oberansmayr

Es gab bereits einmal eine Dreierpräsidentschaft von Österreich, Deutschland und Finnland. Und zwar im Jahr 1998/1999. Diese Dreierpräsidentschaft mündete in den bislang massivsten Schub der EU-Militarisierung. Unter der österreichischen Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 wurde beim Gipfel in Pörschach die Einbindung des Militärpaktes WEU in die EU paktiert, unter der deutschen Präsidentschaft der NATO-Krieg gegen Jugoslawien voll mitgetragen, um schließlich unter der finnischen Ratspräsidentschaft die EU-Interventionstruppe aus der Taufe zu heben. Es spricht viel dafür, daß die 2006/07 stattfindende Dreierpräsidentschaft Österreich, Finnland, Deutschland neuerlich zum Turbo für die Militarisierung der Europäischen Union wird.

Aufrüstung als Vorreiter

In einem österreichisch-deutschen Kommuniqué vom 5. Januar 2006 wird von den Verteidigungsministern der beiden Länder die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als jener Bereich der EU-Entwicklung angesehen, der eine neuerliche Vorreiterrolle übernehmen könnte.“ Militarisierung als Lokomotive, um den ins Schlingern geratenen EU-Zug wieder flott zu machen. Im „Arbeitsprogramm der österreichischen und finnischen Delegation“ werden die nächsten Stationen benannt: „Im Bereich der militärischen Kapazitäten wird besondere Aufmerksamkeit der Vorbereitung eines Streitkräftecatalogs und dem Aufbau der schnellen Eingriffskapazitäten beigemessen. Weitergehen werden insbesondere die Anstrengungen, die volle Einsatzbereitschaft der Battle-Groups ab 1. Januar 2007 vorzubereiten. Wir werden die Arbeit weiterverfolgen, die schnellen Eingriffskapazitäten zu verbessern. Besondere Priorität wird auch der Sicherstellung der vollen Arbeitsfähigkeit der Europäischen Verteidigungsagentur in allen Bereichen beigemessen.“

Im Weißbuch der österreichischen Ratspräsidentschaft wird nochmals hervorgehoben, daß man mit Blickrichtung 2010 einen Zahn bei der Aufrüstung zulegen will: „Während der österreichischen Präsidentschaft wird im Bereich des militärischen Krisenmanagements an einem Katalog zu arbeiten sein, der all jene militärischen Kapazitäten auflistet, die die Mitgliedsstaaten als ihre Beiträge zur Erreichung des EU-Streitkräfteziels 2010 deklarieren. Auf Basis dieses Katalogs soll dann in weiterer Folge ermittelt werden, in welchen Bereichen diese Beiträge noch qualitativ oder quantitativ ergänzt werden müssen.“ Drei Schwerpunkte fallen bei diesen Dokumenten besonders ins Auge:

- Das EU-Streitkräfteziel 2010 („Headlinegoal 2010“): Nach diesem im Juni 2004 von den EU-Staatschefs abgesegneten Ziel soll bis zum Jahr 2010 die EU die Fähigkeit zur sogenannten

Österreichische EU-Präsidentschaft



Achse Wien-Berlin steht

netzwerkzentrierten Kriegsführung erreichen, wie sie die USA am Golf vorexerziert haben. Schlüssel dafür ist der Ausbau der Transportkapazitäten in der Luft und zur See sowie die militärische Nutzung des Weltraums.

- Der EU-Streitkräftecatalog: Bereits im Jahr 2001 wurde ein militärischer „Mängelcatalog“ („European Capability Action Plan“ = EACP) aufgestellt, den es abzuarbeiten gilt, um der EU die Kapazitäten für globale Militärinterventionen zur Hand zu geben. Die EU-Verteidigungsagentur wurde eigens dafür gegründet, um die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des ECAP unter Dampf zu setzen.
- Die EU-Battlegroups: Diese Schlachtgruppen sind als eine Art schnelle Kavallerie der modernen High-Tech-Blitzkriege geplant. Innerhalb von

zehn Tagen sollen sie in einem Umkreis von 6.000 km rund um die EU zum Schuß kommen können. Für alle klimatischen und geografischen Bedingungen sollen eigene Schlachtgruppen aufgestellt werden. So trainiert die deutsche Bundeswehr derzeit bereits in Französisch-Guyana den Dschungelkrieg, in Norwegen den Hochgebirgseinsatz und im US-amerikanischen Arizona den Wüstenkampf.

Voll im Zeitplan

Die bisherigen Ergebnisse der österreichischen Präsidentschaft zeigen, daß den Ankündigungen bereits Taten folgen. Stolz berichtet der österreichische Verteidigungsminister Platter vom Gipfel der EU-Kriegsminister, der Anfang März in Innsbruck stattfand: „Die Wei-

terentwicklung der militärischen Fähigkeiten ist bereits weit fortgeschritten, wir befinden uns hier voll im Zeitplan. Auch bei den EU-Gefechtsverbänden sind wir gut unterwegs, mit Jänner 2007 sind sie voll operationsfähig.“ Deshalb will Platter „bereits über das Headlinegoal 2010 hinausdenken“. Das hat vor ihm auch das Institut für Sicherheitsstudien im Auftrag der EU gemacht und ist dabei zum Schluß gekommen, daß die EU „zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen“ dazu in der Lage sein müsse, Kriege „von der gleichen oder sogar einer größeren Dimension als des Golfkrieges von 1990-1991“ zu führen. Bei diesem Krieg wurden 300.000 Irakerinnen und Iraker getötet. Ein Probelogop für dieses ambitionierte Ziel wurde ebenfalls im März auf die Schiene gebracht: eine neuerliche EU-Militärmission im zentralafrika-

Gebiete des Afrikanischen Kontinents.

Hand in Hand mit Deutschland

Das forsche militärische Auftreten Österreichs in der EU erfolgt in enger Abstimmung mit der deutschen Außenpolitik. Zu Beginn der Ratspräsidentschaft machte Kanzler Schüssel bereits seine Verbeugung vor Berlin und versicherte, daß Österreich den EU-Vorsitz „Hand in Hand mit Deutschland“ ausüben werde. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel die Wiederbelebung der EU-Verfassung angemahnt hatte, raportierte auch Schüssel und Plassnik: „Die EU-Verfassung ist nicht tot.“ Tatsächlich wird Österreich zunehmend zum politisch-militärischen Trabanten der deutschen Politik: Fast überall, wo österreichische Truppen im Auslandseinsatz sind oder waren, standen bzw. stehen sie unter dem Kommando der Bundeswehr (Afghanistan, Balkan). Auch bei einer der geplanten EU-Schlachtgruppen sollen österreichische Truppen der Leadnation Deutschland folgen. Gemeinsame militärische Manöver von Bundesheer und Bundeswehr stehen mittlerweile ebenso permanent auf der Tagesordnung wie die Absprachen auf der Ebene der Verteidigungsminister und der Generalität. Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie (DaimlerChrysler, Thyssen-Krupp) sitzen im Aufsichtsrat der Österreichi-

nischen Kongo. Rohstoffe gibt es dort bekanntlich zuhauf: von Erdöl bis zum Handmetall Coltan. Bei so viel militärischem Tatendrang kommt auch der Chef der EU-Verteidigungsagentur, Javier Solana, ins Schwärmen: Das Treffen in Innsbruck habe dazu beigetragen, daß die EU

für Rüstungsprojekte „mehr ausgeben, mehr gemeinsam ausgeben und mit mehr Effizienz ausgeben wird.“

Aufschluß über die Reichweite dieses militärischen Tatendrangs gibt die offizielle Zeitschrift des österreichischen Bundesheeres, „Truppendienst“, in der die „geographischen Prioritäten“ des Bundesheeres im Rahmen der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik penibel aufgelistet werden:

- „Süd-Ost-Europa“ (Weltbalkan)
- der unmittelbare äußere Gürtel der EU: Näherer und Mittlerer Osten (mit steigender Bedeutung des Mittleren Ostens), Osteuropa (einschließlich der Staaten weiter weg von den Europäischen Grenzen, einschließlich der Kaukasusregion), Nord- und Zentralafrika
- der weiter entfernte Gürtel der EU: Zentralasien und die verbleibenden

Industrieholding AG, über die das öffentliche Eigentum der Republik verwaltet bzw. privatisiert wird. Selbstverständlich werden mittlerweile fast nur noch deutsche Rüstungsgüter eingekauft (Eurofighter, Leopard, etc.). Kein Wunder also, daß der oberste österreichische Heereschef Günter Höfler bei seinem Amtsantritt süffisant bemerkt, daß eine Fahrt nach Berlin „keine Auslandsdienstreise mehr ist“, sondern offensichtlich eine zum Chef.

Was bis zum EU-Beitritt nur am rechten, deutschnationalen Rand der politischen Landschaft in Österreich laut artikuliert wurde, ist mittlerweile die Generallinie des politischen Establishments: die Aushöhlung der Neutralität, die die Beteiligung an Kriegen und Militärpakten verbietet, und die Demolierung des Staatsvertrags, der die militärische Kooperation mit Deutschland untersagt. Der Widerstand der österreichischen Friedensbewegung gegen diesen permanenten Verfassungsbruch ist ein wichtiger Beitrag für die internationale Friedensbewegung beim Widerstand gegen die Militärmacht EU, die mittlerweile auch von der Achse Berlin – Wien gehörig angetrieben wird.

Gerald Oberansmayr ist Mitarbeiter der Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz, und Redakteur der antimilitaristischen Zeitung „guernica“. Infos unter www.werkstatt.or.at

-Anzeige-

Wer mitdenkt, abonniert ...

Beispiel NATO-Krieg gegen Jugoslawien, Weltkrieg, Moskau, Afrika, Umwelt, verändertes Klima, Beginn 1999 ein, diese ...



... die Tageszeitung gegen den Krieg

U. U. ...

Name

Adresse

Postleitzahl

Land

Telefon

E-Mail

Abonnement

Abgabeort

Abgabezeitpunkt

Abgabetermin

Abgabeort

Neue Konzentration im EU-Rüstungsgeschäft

In den Jahren 1999 bis 2001 kam es mit EADS zu einem ersten europäischen militärisch-industriellen Komplex: Die Rüstungsabteilungen von DaimlerChrysler (Dasa; BRD), Aerospaciale-Matra (Frankreich) und Casa (Spanien) wurden vereint. British Aerospace (BAe) blieb außen vor.

Inzwischen kam es in Kontinentaleuropa zu neuen Konzentrationsprozessen. 2005 wurden die Hersteller der Lenkflugkörper-Systeme neu gebündelt, indem der deutsche Hersteller LfK in das französisch-britisch-italienische Unternehmen MBDA (Anteil EADS und BAe jeweils 37,5%) eingebracht wurde. Im gleichen Jahr stieg EADS beim russischen Rüstungsunternehmen Irkut, Hersteller von Kampf- und Amphibienschiffen, ein. Der französische Rüstungskonzern Thales (Umsatz 2005: 10 Milliarden Euro) übernahm 2005 die französische Kriegsschiffswerft DCN. Das italienische Rüstungsunternehmen Finmeccanica stieg jüngst durch die Integration diverser mittelgroßer Rüstungsunternehmen, die BAe auf dem Kontinent abgestoßen hatte, und durch die Übernahme des Helikopterherstellers AgustaWestland in eine neue Größenordnung vor.

Der Traum der EU-Rüstungslobby – und der Alptraum der Friedensbewegung – ist ein Zusammengehen von EADS und Thales, möglicherweise noch zusammen mit Finmeccanica. Diese Fusion zeichnet sich Anfang April 2006 ab. Ein Konzern EADS-Thales läge im Rüstungsbereich auf dem Niveau des weltgrößten Rüstungsherstellers, Boeing. Interessanterweise widerspiegeln sich in der Rüstungslandschaft in Europa die unterschiedlichen Positionen, wie sie auch im Irak-Krieg eingenommen wurden.

Macht ohne Moral Krieg ist immer eine Tragödie

von Jochen Traut

Vor 65 Jahren, am 22. Juni 1941, begann Hitlerdeutschland den Krieg gegen die Sowjetunion. Dieser Tag muß eine Mahnung an uns Deutsche sein, vor allem an die Nachgeborenen. Er brachte bis zum 8. Mai 1945 und auch noch danach millionenfaches Leid. "Der Krieg ist immer eine Tragödie, in den Tagen der Niederlage, wie in den Tagen des Sieges. Immer sterben Menschen." Das schrieb Konstantin Simonow, ein sowjetischer Dichter, der als Frontberichterstatter den Zweiten Weltkrieg unmittelbar miterlebt hat. Seine Worte sind wie für den heutigen Tag geschrieben. Menschen meiner Generation haben sie sich eingeprägt, heute um so mehr, weil Kriege wieder wie selbstverständlich zum Alltag gehören. Sie sind erneut zum Mittel der Politik geworden.

Seit dem Kosovo-Krieg sind Deutsche wieder weltweit an kriegerischen Handlungen beteiligt. Die militärischen Einsätze der Bundeswehr nunmehr fast rund um die Welt werden als humanitär, als friedenssichernde Maßnahmen oder – wie bei dem bevorstehenden Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo – als Einsatz zur friedlichen Absicherung von Wahlen bezeichnet. Gleichzeitig übermitteln Medien die Nachricht vom Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle zum militärischen Flugzeugträger. NATO-Truppen sollen aus dem Osten

Deutschlands, aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, in alle Welt entsandt werden. Der Zwei-plus-vier-Vertrag verbietet das. Damit wird Völkerrecht gebrochen. Auch vor 65 Jahren, am 22. Juni 1941, wurde ein völkerrechtlich geschlossener Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion gebrochen.

In einem entscheidenden Punkt hat sich in diesen sechseinhalb Jahrzehnten nichts geändert: Es geht um Macht oder zumindest um deren deutsche Teilhabe. Wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln erreicht werden kann, dann eben mit militärischen Einsätzen. Geschichtliche Lehren spielen dabei keine Rolle, von Moral gar nicht erst zu reden. Man nennt es auch Bündnisverpflichtungen, die man, ohne Not vor Jahrzehnten als Bundesrepublik-Alt, eingegangen ist. Die Bundeswehr entstand gegen Massenproteste in den fünfziger Jahren im Zuge der Remilitarisierung und wurde in die NATO eingegliedert. Kriegsgegner warnten bereits damals vor den Folgen einer Entwicklung, wie wir sie heute haben. Die Menschen, die von 1939 bis 1945 den Krieg selbst miterleben mußten, sind überwiegend nicht mehr am Leben. Ihre Kinder und Enkel jedoch, die als Bundestagsabgeordnete für Auslands- und damit für Kriegseinsätze der Bundeswehr stimmen, sollten die Erfahrungen und Lehren aus dem Leben ihrer Urgroß- und Großväter annehmen. Auch Arnstadt, meiner Heimatstadt

in Thüringen mit rund 22.000 Einwohnern, haben Kriege Tote gebracht. Im „Gedenkbuch Arnstadt“ von Klaus Reinold werden die Opfer von drei Kriegen, die von Deutschland ihren Ausgang nahmen, angegeben: Deutsch-französischer Krieg (1870/71) 4 Tote; Erster Weltkrieg (1914 – 1918) 622 Tote; zweiter Weltkrieg (1939 – 1945) 1219 Tote. Diese Zahlen aus einer Kleinstadt geben nur die Toten aus den unmittelbaren Kampfhandlungen wieder, die Opferzahlen insgesamt liegen weit über diesen Zahlen. Hinter allen verbirgt sich

menschliches Leid, verursacht durch Kriege.

„Es gibt kein fremdes Leid.“ Auch dieser Satz stammt von Konstantin Simonow, geschrieben in den Tagen des US-Krieges gegen das vietnamesische Volk. Bundeswehreinätze im Ausland, in welcher Art auch immer, können mitverantwortlich sein für Opfer in den jeweiligen Ländern. Treten wir aktiv dafür ein, menschliches Leid zu verhindern, wo auch immer in der Welt.



Jochen Traut ist Sprecher des Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog der Linkspartei.PDS

US-Stützpunkt in den bayerischen Bergen Marshall Center ist Kriegstreiber

von Ulrich Sander

Das „Europäische Institut für sicherheitspolitische Studien“ in der Gernackerstraße in Garmisch-Partenkirchen, kurz George-C.-Marshall Center genannt, existiert nunmehr zwölf Jahre. In den Räumen des GCMC wurden zuvor die Spione der USA für Osteuropa ausgebildet, so wird in Garmisch unter der Hand berichtet, und es wird hinzugefügt: Und das ist heute nicht anders. Unter den Studierenden aus den Verteidigungsministerien der asiatischen und osteuropäischen Länder werden diejenigen – so hört man – angeheuert, die zu Hause der CIA die Infrastruktur für ihre Tätigkeit bereitstellen, bis hin zu Foltergefängnissen. In einer Bundeswehrverlautbarung heißt es über das Marshall Center: „Das deutsch-amerikanische Erfolgsprojekt kann stolz auf seinen Beitrag zum Aufbau stabiler Strukturen nicht nur in Osteuropa verweisen.“ Hier werde das verteidigungspolitische Bildungsangebot für das 21. Jahrhundert vermittelt. 2003 trafen sich in dem Center

Struck und Rumsfeld, um die Differenzen beizulegen, die am Beginn des Irakkrieges standen. Rumsfeld war dennoch unversöhnlich: „Es liegt der Schluß nahe, daß die Unterscheidung zwischen dem alten und neuen Europa heute nicht wirklich Sache des Alters oder der Größe oder Geographie ist. Es ist eine Frage der Haltung – der Vision, die Länder der Welt zu einem transatlantischen Verhältnis.“ Rumsfeld verzichtete in seinem Redemanuskript auf eine Passage, in der einigen Ländern in Europa vorgeworfen wurde, sich durch Opposition und als Gegengewicht zu Amerika zu definieren. Im Marshall Center kann von Opposition gegen die USA und die CIA keine Rede sein. Bis zu 32 Länder sind dort vertreten. Einer der Absolventen ging durch die Welt- presse: „Christoph Lez wurde in Moskau verhaftet, nach Weißrußland ausgeliefert und dort wegen Spionage zu sieben Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt. Er hatte zuletzt als Dozent im George-C.-Marshall Center gearbeitet. Das Center wird von den USA mit knapp 24 Millionen, von Deutschland mit zwei

Millionen gesponsort.“ (Süddeutsche Zeitung, 28.7.2001, S.3) Besonders stark vertreten sind in dem Marshall Center Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, die Mongolei, Rußland, die Ukraine sowie die Türkei. Der stellvertretende Direktor des GCMC, der deutsche Generalmajor a.D. Dr. Horst Schmalfeld, gibt den Mann fürs bilaterale Image des Centers. Doch bei Gründung der Einrichtung hieß es in einer Weisung des US-Verteidigungsministeriums vom 25. November 1992 eindeutig: „Das Marshall Center gehört zum Europäischen Kommando der Vereinigten Staaten.“ Die bayerische Friedensbewegung spricht von einem „ideologischen Flugzeugträger“ der USA in den oberbayerischen Bergen. Der Münchner Ostermarsch demonstriert am Ostermontag gegen das Center. Unter dem Motto „Friede in den Bergen – Kriegsideologen nach Hause schicken“ geht es ab 11 Uhr vom Zugspitzbahnhof in Garmisch-Partenkirchen zum Marshall Center.

Friedenskonferenz in London

Am 10. Dezember veranstaltete die „Stop the War Coalition“ in London eine Internationale Friedenskonferenz mit mehr als 1500 Teilnehmern aus der ganzen Welt. Zum erstenmal waren auch US-amerikanische Initiativen und Gruppen vertreten. In London waren sich alle einig: Die unrechtmäßige Besetzung des Iraks und der damit verbundene permanente Kriegszustand müssen sofort aufgehört. Die Teilnehmer verabschiedeten eine ERKLÄRUNG, in der es unter anderem heißt:

Diese Internationale Konferenz mit Vertretern des irakischen, britischen und amerikanischen Volkes und vieler anderer Völker, die alle Bevölkerungsschichten repräsentieren, erklärt, daß die Krise, die durch die Invasion und Besetzung des Iraks hervorgerufen wurde, das zentrale Problem der heutigen Weltpolitik darstellt, dessen Lösung dringend erforderlich ist. Die Konferenz bestätigt, daß die Invasion des Iraks im Jahre 2003 unrechtmäßig war, daß sie gegen die Charta der Vereinten Nationen verstoßen hat und daß die Invasionsmächte sie durch Lügen rechtfertigten, die eigens erfunden wurden, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Sie stellt fest, daß die Besetzung des Iraks durch US-amerikanische und britische Truppen dem irakischen Volk Elend und Leid gebracht hat. Diese Besetzung bedeutet die Verweigerung ihrer Rechte als Nation, sie verhindert die soziale, ökonomische und politische Entwicklung und bedroht den Frieden im ganzen Nahen Osten und in der Welt. Sie ist verantwortlich für den Verlust von Zehntausenden irakischer Menschenleben und von mehr als 2000 bei den Besatzungstruppen. Diese Konferenz verlangt daher die sofortige Beendigung der irakischen Besetzung, was auch von der Mehrheit der irakischen, britischen und amerikanischen Bevölkerung gewünscht wird. Sie verlangt den Rückzug der Besatzungstruppen und die Rückkehr zur vollen Souveränität des irakischen Volkes, dem es erlaubt sein muß, seine eigene Zukunft ohne Einmischung von außen selbst zu bestimmen. Wir begrüßen den Kampf des irakischen Volkes für seine nationale Freiheit und die weltweite Bewegung gegen den Krieg und die Besetzung. Wir bitten um Un-

Kairo-Konferenz gegen Globalisierung, Krieg und Besetzung

Kefaya – Es reicht!

von Phil Butland und Regina Sternal

Weg mit George Bush, Hosni Mubarak und Tony Blair! Kefaya: Es reicht!“ war auf den Straßen Kairo bei der Abschlußkundgebung der vierten internationalen Kairo-Konferenz zu hören. Vom 23. bis 26. März hatten sich Delegierte aus mehr als 20 Ländern des Nahen Ostens, aus Europa, Nordamerika und Asien zur Konferenz gegen neoliberale Globalisierung, Krieg und Besetzung getroffen.

Die Breite der Bewegung spiegelte sich unter den 1500 Teilnehmer wieder: junge Antiglobalisierungsgruppen, muslimische Organisationen, Nasseristen, Sozialisten, Bauern und Gewerkschafter. Innerhalb dieser Vielfalt wurde von den Rednern die Einheit betont – nicht nur gegen George W. Bush, sondern auch gegen seine Verbündeten in Bagdad, Kairo, London und Berlin. „Ich war geschockt und frustriert als ich hörte, daß zwei deutsche Geheimdienstagenten im Irak für die US-Regierung militärische Angriffsziele ausspioniert haben. Daß George W. Bush ein Heuchler ist, wußten wir. Daß auch Gerhard Schröder lügt, ist eine Schande! Die Herrschenden sind alle gleich. Der einzige, der den irakischen Widerstand gegen die Besetzung unterstützt, ist Hugo Chavez in Venezuela. Keine einzige arabische Regierung hat das bisher öffentlich gesagt“, sagte die ägyptische Aktivistin Suzanne Esmat von „Kefaya“. Scharf wurde von den Organisatoren der Konferenz kritisiert, daß die ägyptischen Behörden sowohl der jordanischen Delegation mit dem Vorsitzenden der muslimischen Bruderschaft als auch der irakischen Delegation die Teilnahme an der Konferenz verweigert

hatten. „Präsident Mubarak ist ein maßgeblicher Verbündeter der US-Regierung. Ägypten spielt eine zentrale Rolle bei der Besetzung des Iraks. Gemeinsam mit Israel übt die ägyptische Regierung Druck auf die Hamas und die neue palästinensische Regierung aus“, so Sameh Naguib, Mitglied des Organisationskomitees der Konferenz. Insgesamt fand die Konferenz im Kontext einer wachsenden ägyptischen Bewegung gegen Mubarak statt. Der Slogan „Wach auf Ägypten – Erhebe deine Stimme – Du wirst nicht sterben!“ kennzeichnete das neue Selbstbewußtsein. Bei den Wahlen 2005 hat die Opposition 20 Prozent der Stimmen für die Kandidaten der muslimischen Bruderschaft gewinnen können. Immer mehr Menschen gehen für ihre Forderungen auf die Straße. So haben in der Woche vor der Konferenz Richter für ihre Unabhängigkeit und am dritten Jahrestag des Irakkrieges 2.000 Aktivisten demonstriert. Auch in den Betrieben finden immer mehr Streiks statt. Wichtige Themen in Kairo waren die militärische Bedrohung des Irans, der Widerstand gegen die Besetzung im Irak und in Palästina sowie die neu gewählte Hamas-Regierung. In ihrer Abschlußklärung forderten die Teilnehmer, den Widerstand der palästinensischen Bevölkerung sowie der Hamas-Regierung gegen die Besetzung zu unterstützen. Als weiterer Schwerpunkt wurde die Fortführung der Proteste gegen die Besetzung im Irak benannt. Petros Constantinou, Mitorganisator des Europäischen Sozialforums, lud zum 4. bis 7. Mai nach Athen ein. Im Rahmen des internationalen Aktionstags gegen den Angriff auf den Iran wird dort am 6. Mai eine Demonstration stattfinden. Mehr Infos zur Kairo-Konferenz über: philbutland@yahoo.com, rsternal@gmx.de

-Anzeige-

Advertisement for 'FoxyRosa Verlag' featuring five book covers with German text descriptions. The covers show various scenes and figures, likely related to the publisher's focus on social and political issues.



Irak – drei Jahre Entrechtung, Folter

Der dritte Jahrestag des Irak-Kriegs hatte eine Rahmenhandlung, die charaktärische Moschee in Samarra, eines der wichtigsten schiitischen Heiligtümer, von regierungsnahen Provokateuren handelte. Offensichtlich soll das Land um wäre dann ein Vorwand, den Irak aufzuspalten und das Prinzip „Teile Am Jahrestag selbst, dem 18. März 2006, startete die US-Armee eine Großgrößten Luftangriffen seit dem Ende des Irak-Kriegs“ kam. Luftangriffe in rung. Weitere zehn Tage später, am 27. März 2006, wurden in einer Mosch Sicherheit, Abd al-Karim, warf den US-Truppen vor, „ein Massaker an Zivil kündigte an, die Zusammenarbeit mit den US-Truppen einzustellen, und s zigen Schuß abgegeben. Die US-Spezialtruppen kamen in die Moschee, fe land“ vom 28.3.2006).

Es sind nicht mehr nur Aufständische und Menschenrechtsorganisationen der Entrechtung anprangern. Leute aus der Marionettenregierung selbst, kommen zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Drei Jahre nach dem Krieg befindet sich der Irak in einem katastrophalen übertraffen. Das neue zGK-spezial dokumentiert in einem ersten Artikel d Thema, das hierzulande nur in den Feuilletons abgehandelt wird, das aber organisierten Raum der mesopotamischen Kulturgüter.

Gewalt durch US-Besatzung – Ein Bürgerkrieg droht

von Joachim Guilliard

Als die US-geführten Truppen im März 2003 im Irak einmarschierten, hatten viele Iraker gehofft, daß sich nun, nach 13 Jahren mörderischer Sanktionen, wenigstens ihre alltäglichen Lebensbedingungen verbessern würden. Heute wissen sie es besser: „Der größte Teil des Iraks ist ein Desaster und in einem Zustand des vollständigen Chaos“, faßte der bekannte US-Journalist Dahr Jamail kürzlich seine Eindrücke aus dem besetzten Land zusammen. Eine Studie des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) vom Mai 2005 belegt eindrücklich, wie dramatisch sich die Lebensbedingungen verschlechtert haben. Zwölf Prozent aller irakischen Kinder im Alter von sechs Monaten bis fünf Jahren sind stark untergewichtig und acht Prozent akut unterernährt, 23 Prozent blieben aufgrund chronischer Unterernährung im Wachstum zurück. Die Wahrscheinlichkeit, vor dem 40. Lebensjahr zu sterben, ist für die aktuell geborenen Kinder mittlerweile fast dreimal so hoch wie in den benachbarten Ländern.

Ähnlich verheerend klingt das Urteil der Studie über das irakische Gesundheitswesen, das einmal als eines der modernsten im Nahen Osten galt. Es fehle allgemein an Personal, es gäbe ein „desolates Equipment sowie zerstörte Hospitäler und Gesundheitszentren“. Fast die Hälfte der Bevölkerung hat keine beziehungsweise keine verlässliche Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Vierzig Prozent der städtischen Bevölkerung lebt in Stadtvierteln, in denen die Abwässer offen über die Straßen abfließen. Die Ausbreitung gefährlicher Seuchen ist die logische Folge.

Staatlich geförderte Wirtschaftsverbrechen

Die Situation hat sich seither nicht verbessert. Nach wie vor gibt es, wie die „Washington Post“ Anfang des Jahres berichtete, nur stundenweise Strom und fließendes Wasser. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten ist mangelhaft, die Arbeitslosigkeit liegt weit über 50 Prozent. All dies trotz der riesigen Summen, die offiziell in den Wiederaufbau des Landes gesteckt wurden und den Irak für viele ausländische Unternehmen zur Goldgrube machten. Allein in die Kassen von US-Firmen flossen über 50 Mrd. US-Dollar, Gelder, die vorwiegend aus irakischem Guthaben und den aktuellen Öleinnahmen stammten. Der US-Konzern Halliburton sicherte sich dabei mit 11 Mrd. US-Dollar den Löwenanteil. Bei dreizehn weiteren, mit der Bush-Administration eng verwobenen Firmen, addierten sich die Auftragssummen ebenfalls zu Milliardenbeträgen. Sie wurden häufig kassiert, ohne daß eine adäquate Gegenleistung zu erkennen ist. Allein die Besatzungsbehörde hatte bis zu ihrer Auflösung im

Juni 2004 nahezu unkontrolliert über 20 Mrd. US-Dollar aus irakischem Guthaben ausgegeben. Über die Verwendung von 8,8 Mrd. gibt es bis heute keine Belege. Auch die Untersuchungen späterer Geschäfte brachten haarsträubende Fälle von Selbstbedienung, Betrug und Korruption ans Licht – sowohl auf US-amerikanischer Seite, als auch in den von US-Beratern kontrollierten irakischen Ministerien. Der gigantische Raub irakischen Vermögens ist, so

mus Nährboden entziehen können.

Menschenrechte mit Füßen getreten

Neben fehlender Infrastruktur und mangelnder Versorgung leiden die Iraker vor allem unter der miserablen Sicherheitssituation und vielfältigen Menschenrechtsverletzungen der Besatzungsmacht und der Regierung. Nach Einschätzung von John Pace, bis Februar Direktor des Menschenrechtsbüros der UNO im Irak, haben die Menschenrechtsverletzungen im Irak längst das Ausmaß der Herrschaft von Saddam Hussein erreicht. Betroffen sei heute jedoch ein weit größerer Teil der Bevölkerung.



Die Zahl außergerichtlicher Hinrichtungen sei sprunghaft gestiegen, so der Malteser, der über 40 Jahre lang für die Vereinten Nationen gearbeitet hat. Von den acht- bis elfhundert Toten, die im letzten Jahr monatlich im Bagdader Leichenschauhaus eingeliefert wurden, hatten rund Dreiviertel Schußwunden. Die meisten von ihnen trugen zusätzlich Spuren von Folter und Zeichen, die auf eine Exekution hindeuten. Vor der Invasion hatte es durchschnittlich 20 gewaltsame Todesfälle im

Monat gegeben.

Pace macht für den größten Teil der Morde schiitische Gruppen verantwortlich, die unter Kontrolle des Innenministeriums stehen. Das von der radikal-schiitischen Partei SCIRI geleitete Ministerium würde als ein „Schurkenelement innerhalb der Regierung“ agieren. Viele der 110.000 Polizisten und der paramilitärischen Polizeikommandos stehen im Verdacht, Mitglieder der Badr-Brigaden, der Miliz des SCIRI, zu sein. Innenminister Bajan Jabr selbst ist einer der historischen Führer dieser Brigaden. Nicht nur die Sondereinheiten zur Aufstandsbekämpfung, wie die „Wolf-Brigade“ die „Skorpion“ oder „Tiger“, sondern auch die normalen Einheiten bis hin zur Straßenpolizei werden beschuldigt, als Todesschwadronen zu agieren. Statistische Erhebungen haben ergeben, daß nach eineinhalb Jahren schätzungsweise 100.000 bis 200.000 Iraker der Invasion und der Besatzung zum Opfer gefallen waren. Die meisten starben eines gewaltsamen Todes, überwiegend durch Angriffe der US-Luftwaffe. Die Amerikaner haben die Zahl der Luftangriffe im letzten halben Jahr um 50 Prozent erhöht. 18 Städte

und zahllose kleinere Ortschaften kamen in dieser Zeit unter Feuer. Unter Berücksichtigung der generellen Zunahme der Gewalt ist zu befürchten, daß sich die Opferzahlen mittlerweile mehr als verdoppelt haben.

Düstere Aussichten

Seit dem Anschlag auf die Goldene Moschee in Samarra ist die Gewalt weiter eskaliert. Täglich gibt es Anschläge auf Angehörige einzelner Konfessionen. Hintergrund der eskalierenden Gewalt ist aber nicht, wie es meist heißt, eine alte Feindschaft zwischen den Religionsgemeinschaften. Die Gewalt ist, wie Jonathan Steele vom „Guardian“ feststellte, in der Regel „von oben“ organisiert: „Pogrome im Balkanstil, bei denen sich Nachbarn gegen Nachbarn wenden“, gab es bisher keine. Die Religionszugehörigkeit habe zuvor beim Zusammenleben kaum eine Rolle gespielt, so auch die NATO-nahe Internationale Crisis Group ICG in einer ausführlichen Studie. Es sei aber zu befürchten, daß aus dem schmutzigen Krieg kleiner, fundamentalistischer sunnitischer Gruppen um Al-Sarkawi, die Massaker an Schiiten begehen und „gewisser Kommando-Einheiten der Regierung, die Vergeltungsaktionen gegen die sunnitisch-arabische Bevölkerung durchführen.“ durchaus ein echter Bürgerkrieg entstehen könnte.

Auf der anderen Seite gibt es auch vielfältige Akte der Solidarität und des gegenseitigen Schutzes zwischen den Religionsgruppen. Führende schiitische und sunnitische Persönlichkeiten bemühen sich, die Welle gegenseitiger Morde einzudämmen und die Einheit der Iraker zu bewahren. Dennoch wächst das gegenseitige Mißtrauen und beginnen sich die Gemeinschaften voneinander abzuschotten. Viele informieren sich zunehmend nur noch durch die „eigenen“ Medien, die durch eine einseitige, oft maßlos übertreibende Darstellung der Gewalt die Gemeinschaften weiter polarisieren.

Verantwortlich für die bedrohliche Situation ist vor allem die Besatzungspolitik der USA. Sie setzten durch, daß „zum erstenmal in der Geschichte des Landes Konfession und Volkszugehörigkeit die formalen Organisationsprinzipien der Politik wurden.“ Auf diese Weise verhalten sie extremistischen Parteien an die Spitze des Staates, die ihre Ziele durch Förderung religiöser und ethnischer Gegensätze verfolgen – ein Phänomen das, so die ICG, zum Beispiel auch im ehemaligen Jugoslawien zu beobachten war. Die kurdischen und schiitischen Parteien nutzen den Übergangsprozeß, um sich entscheidende Machtpositionen zu sichern und ihre Interessen in der neuen Verfassung zu verankern.

In einer Reihe weiterer Studien zum Jahrestag bestätigen auch andere renommierte westliche Nahost- und Militärexperten die düsteren Aussichten für den Irak. Obwohl aus politisch unterschiedlichen Lagern, kommen sie übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß nicht in erster Linie Aufständische und Terroristen, sondern vor allem die Irak-Politik der US-Regierung und das Vorgehen der US-Armee im Land selbst für das Desaster verantwortlich sind. Wahlen, Referendum, Verfassung, Übergangsregierung: Was die US-Regierung als Meilensteine in der Entwicklung eines demokratischen, neuen Iraks betrachtet, sind in den Augen der Experten nichts als kleine Schritte Richtung Bürgerkrieg.

Joachim Guilliard ist Autor von Büchern über den Irak

Die Besatzung er und Plünderung

Charakteristisch für die Lage im Land ist: Am 22. Februar 2006 wurde die Golan-Halbinsel in Schutt und Asche gelegt. Viele sprechen dafür, daß es sich um die Tat handeln würde, die den Golfkrieg endgültig in einen offenen Bürgerkrieg gestürzt werden. Dies wiederum ist ein Schritt zur Anwendung der „offensiven im Norden des Landes, bei dem es, so US-Militärkreise, „zu den Besatzern in einem besetzten Land sind immer auch Angriffe auf die Zivilbevölkerung“ in Bagdad 37 Menschen getötet. Der irakische Minister für nationale Angelegenheiten verübt“ zu haben. Der Gouverneur von Bagdad, Hussein al-Tahan, erklärte fest: „Alle 37 Getöteten waren unbewaffnet. Keiner hat einen einschießen lassen die Leute und erschossen sie.“ (Nach: „Financial Times Deutschland“)

Die Besatzung, die das US-Regime im Irak als ein Regime der Gewalt, des Terrors und der Unterdrückung von der Besatzungsmacht ausgewählte und ausgehaltene Personen, inhaftiert, die den Zustand. Alle Befürchtungen der Antikriegsbewegung wurden noch weit über die Lage der Menschenrechte. Ein weiterer Artikel befaßt sich mit einem Teil der Entrechtung und Entwürdigung des irakischen Volkes ist: dem

Zerstörte kulturelle Identität Die politische Ökonomie des Kulturgut-Raubs

von Winfried Wolf

Mesopotamien, das Land zwischen Euphrat und Tigris, gilt als Wiege der Zivilisation. Hier sollen das Rad und die Töpferscheibe erfunden worden sein. Vor mehreren tausend Jahren entstanden im Zweistromland die ersten großen Städte mit gewaltigen Wehrmauern, auf deren Krone zwei Streitwagen nebeneinander fahren konnten. Vor rund 5000 Jahren wurde hier eine Keilschrift entwickelt. Die Gebildeten in Mesopotamien versahen Tontafeln mit Botschaften. Solche Tontafeln und Ton-Siegel kann man derzeit bei ebay für Spottpreise von 3 bis 25 Euro ersteigern. Es handelt sich um Fehlerware; Raubgut aus illegalen Ausgrabungen.

Schätze aus dieser Region wurden bereits in der Kolonialzeit dem Boden entrissen und geraubt. Sie finden sich heute in den großen Museen in London, Paris, Berlin und New York. Doch der entscheidende Aderlaß resultiert aus den zwei letzten Irak-Kriegen. Nach dem Krieg des Jahres 1991 kam es zu ersten breit angelegten Plünderungen. Sie fanden vor allem im Süden des Landes statt; die Flugverbotszone in dieser Region gab Plünderern weitgehend freie Hand. Mitte der neunziger Jahre tauchten erste größere irakische Kunstobjekte auf dem westlichen Antiken-Markt auf. Die Importverbote, die dem Irak im Rahmen der Sanktionspolitik der UN auferlegt wurden, betrafen auch Geräte (wie Klimaanlage) und Materialien (wie Silikon), die für eine sachgerechte Aufbewahrung der Kulturschätze in den Museen dringend benötigt wurden. Die permanente Finanznot zwang das Land, die Mitarbeiter des „Antikendienstes“ – Sicherheitsleute und Experten – von 25.000 im Jahr 1989 auf rund 1000 im Jahr 2003 abzubauen.

Mit dem Irak-Krieg 2003 verschärfte sich die Lage dramatisch. Bereits in den ersten Tagen nach der Niederlage der irakischen Truppen kam es vielfach zu Plünderungen. Berühmt ist der Fall des Nationalmuseums in Bagdad, das zu den fünf wichtigsten Museen der Weltkultur gezählt wird. Es wurde zwischen dem 8. und dem 12. April 2003, unmittelbar nach der Kapitulation, professionell geplündert. Sein langjähriger und heutiger Direktor Donny George Youkhanna antwortete auf die Frage: „Wie erklären Sie sich, daß die amerikanischen Soldaten die Plünderungen zuließen?“, wie folgt: „Ich habe da meine eigene Theorie. Viele der Stücke, die aus der Galerie und den Magazinen gestohlen wurden, waren zielgerichtet ausgewählt. Daher glaube ich, daß es sich um organisierte Kriminalität handelt. Aus einer Reihe von beschrifteten Ziegeln wurden beispielsweise nur die bedeutendsten mitgenommen.“ (Interview in „Welt am Sonntag“ vom 1.6.2003). Tatsache ist, daß das US-Militär beim Einmarsch in Bagdad eine Liste mit Orten hatte, die zu schützen seien. Auf dieser stand das Nationalmuseum an zweiter Stelle. Es wurde nicht nur nicht geschützt. Die Plünderer konnten mit Glasschneidern, Lastwagen und einem Kranwagen ihr Werk verrichten. Laut Generaldirektor Donny George Youkhanna wurden „mehr als dreißig „Meisterstücke“ – Kulturgüter von enorm großer Bedeutung – und „mehrere tausend Einzelobjekte“ geraubt.

Militärlager in Babylon

Die Vorgänge in der irakischen Hauptstadt werden inzwischen noch übertroffen von den Raubzügen im gesamten Irak. Im Land gibt es mehr als 10.000 identifizierte archäologische Stätten. Tausende wurden seit Kriegsende geplündert. Einige werden systematisch am helllichten Tag umgegraben. Margarete van Ess, wissenschaftliche Direktorin des Deutschen Archäologischen Instituts, äußerte dazu in der „ARD-Tagesschau“ im Sommer 2004: „Rund 130 solcher Stätten werden im Moment durchwühlt – als würden

sie einen Garten umgraben. Alles wird zerstört.“ Zerstört werden die Stätten für die wissenschaftliche Forschung. Doch Zehntausende Fundstücke werden dem internationalen Antiken-Markt zugeführt.

Das alliierte Militär ist aktiv an der Zerstörung der mesopotamischen Kultur beteiligt. So hat die US-Armee im April 2003 das Ruinenfeld der 2800 Jahre alten Königstadt Babylon zu einem gewaltigen Militärlager ausgebaut. Das Lager umfaßt eine Fläche von 150 Hektar und diente zunächst 2000 GI als Heerlager. Im September 2003 wurde es an 6000 Mann der polnischen Besatzungstruppen übergeben. Diese waren dort bis Anfang 2005 stationiert. Inzwischen befindet sich das Gebiet wieder offiziell unter irakischer Verwaltung.

Während der Ort als Militärlager diente, ließen US- und polnische Militärs schwere Fahrzeuge über das Ziegelpflaster aus dem sechsten Jahrhundert vor Christus rollen, wodurch es zerstört wurde. Aus dem weltberühmte Ishtar-Tor – von den polnischen Besatzern in „Warsaw Gate“ umbenannt – wurden wertvolle glasierte Kacheln herausgebrochen. Tausende Tonnen Ausgrabungsmaterial wurden in Sandsäcke und Behälter aus Drahtkörben verpackt – im Rahmen von „Schutzmaßnahmen“. In der Nähe des Nimmah-Tempels wurde ein Hubschrauberlandeplatz geplant. Die Fachwelt geht von Zerstörungen aus, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. John Curtis, Kurator der Museums-Abteilung für den Antiken Nahen Osten des Britischen Museums, kommentierte: „Es ist, als würde man ein Militärlager um die große Pyramide in Ägypten oder um Stonehenge in Großbritannien einrichten.“ (Nach: Süddeutsche Zeitung vom 29.1.2005)

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sagte unmittelbar nach Kriegsende mit Blick auf die Plünderungen: „Das sind Akte eines freien Volkes, das nun auch die Freiheit hat, Verbrechen zu begehen.“ Das war ein weiteres Beispiel von Zynismus. Die Zeitschrift „British Archaeology“ schrieb: „In einem Krieg, in dem es mehr um Politik und Kultur als um Territorium geht, kann niemand die Bedeutung von Babylon übersehen haben.“

Finanzämter als Handlanger

Tatsächlich erfüllen die Plünderungen eine doppelte Funktion. Das Problem sind nicht in erster Linie die verarmten Bauern im Irak, die sich mit wilden Grabungen ein paar Dollar verdienen. Es gibt einen gewaltigen, gierigen westlichen Antiken-Markt mit geraubten Kulturgütern, der nach Angaben der UN-Organisation Unesco auf einen Jahresumsatz von sechs Milliarden US-Dollar kommt. Er konkurriert damit mit dem Markt für Rauschgifte. Der Antiken-Markt wird auch dadurch genährt, daß westliche Museen bei den Raubzügen auf raffinierte Weise als Komplizen fungieren. In den Worten von Michael Müller-Karpe, Archäologe beim Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz: „Eine verbreitete Sitte der Museen besteht darin, Objekte zweifelhafter Provenienz von Privatsammlern als Leihgabe anzunehmen und sie auszustellen, was die Stücke zertifiziert und ihren Wert steigert: Ein Museum wird ja keine Fälschungen präsentieren. Wenn der Sammler von zehn Stücken dann eines dem Museum vermachet, bekommt er in Deutschland sogar eine Spendenquittung, die er von der Steuer absetzen kann: Unsere Finanzämter alimentieren Kunstraub und Raubgrabungen.“ (Nach: Süddeutsche Zeitung vom 28.7.2005). Hinzu kommt, daß Deutschland als eines der wenigen Länder der Welt die Unesco-Konvention von 1970 zum Kulturgüterschutz erst im Februar 2006 ratifizierte, um sie sogleich wieder mit einem Gesetzentwurf zur Konkretisierung der Konvention zu unterlaufen (siehe Kasten auf dieser Doppelseite). Deutschland galt bisher als legale Drehscheibe des großangelegten Kunst- und Kulturrabes.

Letzten Endes geht es um eine politische Demonstration. Die Kriegsstrategen im Pentagon und in der Regierung von Bush-Cheney-Rumsfeld wollen sich auf Dauer im zentralen Ölgebiet am Persischen Golf, darunter im Irak, einrichten. Um den Widerstand zu brechen, soll das Land entlang religiöser – behaupteter – Trennlinien gespalten werden. Das wiederum kann dann eher gelingen, wenn jede vereinheitlichende Identität in der irakischen Bevölkerung zerstört wird. Die Zerstörung irakischer Kulturgüter und die flächendeckenden Raubzüge in den mesopotamischen Stätten zielen auf die Zerstörung der kulturellen Identität der Bevölkerung. In den Worten des irakischen Archäologen Raid Abdul Ridhar: „Die Identität eines Landes, sein Wert und seine Kultur bestehen in seiner Geschichte. Wenn die Kultur eines Landes geplündert wird, wie es hierzulande geschieht, ist seine Geschichte zu Ende.“ (Wiedergegeben in: Süddeutsche Zeitung vom 14.4.2003).



arbeiterfotografie.com

Persil-Gesetz: „Amnestie“ für Kulturgut-Raub

Die Bundesregierung hat zwar Anfang 2006 erklärt, nunmehr – nach 35 Jahren – die Unesco-Konvention zum Schutz der Kulturgüter aus dem Jahr 1970 zu ratifizieren. Gleichzeitig wurde jedoch im Februar 2006 vom Kabinett der großen Koalition ein Gesetzentwurf zur Konkretisierung der Unesco-Konvention beschlossen, der, so Michael Müller-Karpe, Archäologe am Römisch-Germanischen Zentralmuseum „nicht nur dem Geist, sondern auch dem Buchstaben der Unesco-Konvention“ widerspricht (SZ, 18.2.2006). So sollen nur Objekte geschützt werden, die nach Inkrafttreten des Verbots (also nach Inkrafttretens des neuen Gesetzes) „das Herkunftsland verlassen“ haben. Künftig würde also der Nachweis genügen, daß Diebesgut bereits vor diesem Datum das Herkunftsland (z.B. den Irak) verlassen hat – und zwecks Abwartens der allgemeinen Raubgut-Amnestie – irgendwo (vielfach in der Schweiz) zwischengelagert wurde. Für Antikenobjekte, die nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes das Herkunftsland „verlassen“ haben – auf deutsch: dort illegal geraubt und von dort illegal ausgeführt wurden – soll ein Handelsverbot nur dann gelten, wenn diese vom Herkunftsland als „von nationaler Bedeutung“ klassifiziert, wenn sie „einzeln identifizierbar“ und wenn sie „in einer im deutschen Bundesanzeiger veröffentlichten Liste“ aufgeführt seien.

Damit soll die Deutungshoheit darüber, was als wertvolles Kulturgut eines Landes zu gelten hat, teilweise bei denen liegen, die den Markt für geraubtes Kulturgut bereitstellen. Dagegen legt Artikel 13d der Unesco-Konvention unzweideutig fest, daß das „unantastbare Recht jedes Vertragsstaates anzuerkennen (ist), bestimmtes Kulturgut als unveräußerlich einzustufen ... das daher ipso facto (aus selbigem Grund) nicht ausgeführt werden darf.“

Der Gesetzentwurf mißachtet diese und andere Bestimmungen souverän. Er strebt „marktverträgliche Lösungen“ an, d.h., mit ihm wird die fortgesetzte Förderung des Kulturgut-Raubs betrieben. Händler sprechen offen davon, daß es nun in Bälde zu einer „Marktblüte“ kommen würde.



Das Ishtar-Tor in Bagdad

Wahlen in Israel

Was zum Teufel ist da passiert?



arbeiterfotografie.com

von Uri Avnery

Die dramatischste und zugleich langweiligste Wahlkampagne in unserer Geschichte hat glücklich ihren Zielpunkt erreicht. Israel blickt in den Spiegel und stellt sich die Frage: Was zum Teufel ist da bloß passiert?

Auf meinem Weg zur Wahlurne im Zentrum von Tel Aviv konnte ich nicht das kleinste Anzeichen dafür erkennen, daß das ein Wahltag war. Im allgemeinen sind Wahlen in Israel eine leidenschaftliche Angelegenheit. Überall gibt es Plakate, Tausende mit Postern zugeklebte Autos fahren herum, um Wähler zu ihren Wahllokalen zu bringen. Und überall Lärm.

Doch dieses Mal gab es von all dem nichts. Statt dessen gespenstische Stille. Weniger als zwei Drittel der registrierten, wahlberechtigten Bürger machten sich die Mühe, zu wählen. Politiker aller Art werden verabscheut, bei den jungen Leuten wird die Demokratie verachtet, ganze gesellschaftliche Schichten halten sich abseits. Diejenigen, die eigentlich beschlossen hatten, nicht zur Wahl zu gehen, die sich jedoch im letzten Augenblick erweichen ließen, stimmten für die Rentner-Liste, die von Null auf erstaunliche sieben Sitze katapultiert wurde.

Hier handelte es sich um echte Proteststimmen. Selbst junge Leute sagten sich: Anstatt unsere Stimme wegzuworfen, sollten wir denen einen Gefallen tun. Die alten Leuten, die Kranken, die Todkranken eingeschlossen, die Menschen mit Behinderungen und das gesamte Gesundheits- und Ausbildungssystem – sie alle sind Opfer einer an Thatcher orientierten Wirtschaftspolitik, wie sie von Netanjahu ausgeführt und von Scharon unterstützt wurde. Diese Stimmen stellen eine Kuriosität dar. Aber was passierte auf dem entscheidenden Gebiet?

Am Beginn der Wahlkampagne schrieb ich, daß sich das gesamte politische System nach links bewegen würde. Viele dachten, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens sei, daß das meilenweit von der Realität entfernt sei. Doch genau dazu kam es. Das wichtigste Ergebnis dieser Wahl besteht darin, daß die Umklammerung, die des nationalistisch-religiösen Blocks, die für Israel mehr als eine Generation lang bestimmend war, aufgebrochen wurde. All diejenigen, die den Tod der Linken verkündet hatten und davon sprachen, daß

Israel für eine lange, lange Zeit zu einer Herrschaft des rechten Flügels verurteilt sei, wurden widerlegt. Alle rechten Parteien zusammen gewannen 32 Sitze. Die religiösen Parteien 18. Mit 50 von insgesamt 120 Sitzen in der Knesset kann der rechts-religiöse Block Initiativen in Richtung Frieden nicht mehr länger blockieren.

Und dies ist ein Wendepunkt. Der Traum von einem Groß-Israel, das vom Mittelmehr bis zum Fluß Jordan reicht, ist tot.

Bezeichnenderweise konnte die Nationalunion, die Partei, die in Gänze mit den Siedlern identifiziert wird, gerade mal neun Sitze gewonnen – mehr oder weniger so viel wie bei der vorausgegangenen Wahl. Trotz all dem herzerreißenden Drama der Zerstörung der Siedlungen im Gaza-Streifen sind die Siedler so unpopulär wie immer. Sie haben die entscheidende Schlacht um die Gunst der öffentlichen Meinung verloren.

Netanjahu verkündete, daß die Wahlen zu einer Volksabstimmung über einen Rückzug aus dem Westjordanland werden würden. Nun – so war es. Und die überwältigende Mehrheit stimmte mit „Ja“.

Das größte Opfer ist Netanjahu selbst. Der Likud ist zusammengebrochen. Zum ersten Mal seit seiner Gründung 1973 durch Ariel Scharon erlebt Likud die Erniedrigung, die viertgrößte (!) Partei in der Knesset zu sein. (Likud erhielt 17.117 Stimmen weniger als die Schass-Partei, die die gleiche Zahl an Sitzen eroberte).

Die von ganzem Herzen kommende Freude über diese vollständige Niederlage der Rechten wird gedämpft durch eine sehr gefährliche Entwicklung: den Aufstieg von Avigdor Liebermans Partei „Unsere Heimat Israel“, eine Mutation der Rechten mit offen faschistischen Tendenzen. Sie bekam nur 175 Stimmen weniger als Likud. Lieberman, ein Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und selbst ein Siedler, bezog seine Stärke vor allem aus der „russischen“ Gemeinschaft, die fast einhellig extrem nationalistisch ist. Er ruft dazu auf, alle Araber zu vertreiben – ein Fünftel der israelischen Bevölkerung –, vorgeblich in Form von Gebietsaustausch, aber die Botschaft ist eindeutig. Es gibt hier auch die bekannten Charakteristika einer solchen Partei: einen Führerkult, der Ruf nach „Ruhe und Ordnung“, intensiver Haß gegenüber dem inneren wie dem äußeren „Feind“. Dieser Mann holte elf

Sitze. Sein zentraler Slogan „Da Lieberman“ – „Ja Lieberman“ auf russisch – erinnert einen an ähnliche, historische Grußformeln.

Die Freudenzenen, die es im Hauptquartier der Arbeitspartei gab, scheinen auf den ersten Blick übertrieben. Insgesamt bekam die Partei nur 19 Parlamentssitze, ebenso viele wie bei den letzten Wahlen. Wobei man die drei Sitze hinzu addieren muß, die damals die kleine, von Amir Peretz angeführte Partei erhielt. Aber die Zahlen erzählen nicht die ganze Story.

Zunächst einmal gibt es weitreichende politische Implikationen. Im Parlament zählt nicht allein die bloße Zahl, sondern auch ihre Verortung auf der politischen Landkarte. In der neuen Knesset wurde jede Koalitionsbildung ohne die Arbeitspartei inpraktikabel, wenn nicht völlig unmöglich. Nach Ehud Ol-

mert wird Amir Peretz im nächsten Kabinett zur wichtigsten Person. Und das ist noch nicht alles. Peretz, der erste „östliche“ jüdische Führer einer größeren israelischen Partei, hat es geschafft, die historische Ablehnung der Arbeitspartei durch die Einwanderer aus islamischen Ländern und deren Nachkommen zu überwinden. Er zerstörte damit die bisher übernommene Gleichung, wonach östlich = arm = rechts sei gegenüber Ashkenasi = wohlhabend = links.

Das fand noch nicht den vollen Niederschlag bei den Wahlen. Der Zuzug der Arbeitspartei an „östlichen“ Stimmen blieb marginal. Aber jeder, der sah, wie Peretz auf den offenen Märkten, die bis dahin Hochburgen von Likud waren, empfangen wurde, kann nicht mehr bezweifeln, das sich hier etwas Grundlegendes veränderte. Am wichtigsten dabei ist: Als Peretz erst-

mals auf die Bühne trat, gerade mal drei Monate zuvor, da war die Arbeitspartei ein wandelnder Leichnam. Heute ist sie lebendig; sie vibriert und ist tatendurstig. Man nennt es Führung, und die gibt es. Peretz hat sich auf den Weg gemacht, bei den nächsten Wahlen ein ernsthafter Kandidat für den Posten des Premierministers zu werden. Und bis dahin wird er einen bedeutenden Einfluß in sozialen Angelegenheiten ebenso wie im Friedensprozeß ausüben.

Und das ist natürlich die wichtigste Frage: Kann uns die nächste Regierung näher an einen Frieden bringen? Kadima hat die Wahlen gewonnen, aber die Parteileute sind nicht wirklich glücklich. Als Scharon Kadima gründete, erwartete man 45 Sitze. Nur der Himmel bildete die Grenze. Nun muß sie sich mit miesen 29 Sitzen zufrieden geben. Das ist genug, um die Regierungsspitze zu bilden, aber nicht genug, um Politik zu diktieren. In seiner Sieges-Ansprache rief Olmert Mahmoud Abbas auf, Frieden zu schließen. Aber das ist eine hohle Geste. Kein Palästinenser kann die Bedingungen Olmerts akzeptieren. Und wenn die Palästinenser sich nicht als „Partner“ erweisen, dann will Olmert „Israels permanente Grenzen einseitig festlegen“. Das heißt, er will zwischen 15 und 50 Prozent von Westjordanland annektieren.

Es kann füglich bezweifelt werden, daß Peretz eine andere Politik durchsetzen kann. Gut möglich, daß die ganze Frage noch einmal vertagt wird – unter dem Vorwand, daß zuerst die soziale Frage angegangen werden müsse. In der Zwischenzeit wird der Kampf gegen die Palästinenser fortgesetzt werden.

Es ist Sache der Friedensbewegung, das zu ändern. Die Wahlen zeigen, daß die Öffentlichkeit ein Ende des Konflikts herbeisehnt, daß sie die Träume der Siedler und ihrer Verbündeten zurückweist, daß sie eine Lösung sucht. Wir haben zu dieser Wende beigetragen. Nun besteht unser Job darin deutlich zu machen, daß Olmerts einseitiger Friede überhaupt kein Friede ist und daß er nicht zu einer Lösung führen kann.

Am Tag unserer Wahlen wurde die neue palästinensische Regierung im Parlament bestätigt. Mit dieser Regierung können und müssen wir in Verhandlungen treten. Im Augenblick ist die Mehrheit in Israel dafür nicht bereit. Aber die Wahlergebnisse zeigen uns, daß wir auf dem Weg sind.

Morddrohung gegen Uri Avnery

Der Gründer und Vorsitzende der rechten israelischen Partei „Jüdisch-Nationale Front“, Baruch Marsel, hat die „gezielte Tötung“ des Aachener Friedenspreisträgers Uri Avnery gefordert. Marsel kandidierte zur Wahl des israelischen Parlaments, der Knesset; seine Partei scheiterte an der in Israel geltenden Zwei-Prozent-Klausel. Ein Bericht des israelischen Rundfunks, wonach Marsel die israelische Armee aufrief, Avnery zu töten als „eine Schlange, die das Land gefährlich weit nach links“ ziehe, wurde von dem in Jerusalem lebenden Journalisten Johannes Gerloff gegenüber dem Aachener Friedenspreis e.V. bestätigt. Uri Avnery ist der Gründer der Gruppe „Gush Schalom“ (Friedensblock). Er wurde 1923 in Beckum im Münsterland geboren und ging 1933 ins damalige Palästina. Er war in drei Amtsperioden Knesset-Abgeordneter und wurde 1997 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Regelmäßig erscheinen seine Analysen über den Nahost-Konflikt in der jungen Welt und in der Zeitung gegen den Krieg. Es war wohl eine Rede von Uri Avnery nach dem israelischen Angriff auf ein palästinensisches Gefängnis in

Jericho, die Marsel zum haßerfüllten Mordaufruf inspirierte. Avnery hatte es tatsächlich gewagt, die Verschleppung von Gefangenen, die im Jahr 2001 an der Tötung des damaligen israelischen Tourismusministers Rehavam Zeevi beteiligt waren, scharf zu kritisieren. „Es gibt unter uns Hunderte von Menschen, die ‚gezielte Vorbeugungen‘ (eine häufig verwendete israelische Umschreibung für ‚gezielte Tötungen‘) ausgeführt haben, was die Ermordung von Passanten einschließt“, so Avnery. „Die Tötung von Kabinettsminister Zeevi war eine gezielte Vorbeugung im wahrsten Sinne des Wortes. Jene, die gezielte Vorbeugungen loben, können nicht sagen, wenn wir es tun, ist es großartig und ein nationaler Akt, aber wenn andere es mit uns machen, ist es ein schreckliches Verbrechen.“ Und weiter: „Rehavam Zeevi befürwortete offen die Ausweisung aller Araber aus dem Land, und ich sehe keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen seiner Tötung und der von Anführern der palästinensischen Fraktionen.“

Die Redaktionen der jungen Welt und der Zeitung gegen den Krieg haben Uri Avnery ihre Solidarität ausgesprochen.

Rüdiger Göbel / Winfried Wolf